

Sozialismus !

Schulung !

Theorie !

**K
L
A
S
S
E
N**

THEMA

**Fabrik-
&
Gewerkschafts-
Arbeit**

(Diskussionsnotizen zu
„Revolutionäre
Gewerkschaftsopposition, Bd.I“ &
Nachdruck des Dokuments
„Was ist die RGO“, 1930)

K A M P F !

Nr. 3 / 2005 – 1 Euro
Nachdruck 2016

Fortsetzung der

Diskussionsnotizen über den Buchsammelband "Dokumente und Analysen zur kommunistischen Arbeiterbewegung – Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), Bd. 1", Verlag Rote Fahne, 1972, sowie Nachdruck des Dokuments "Was ist die RGO – ihre Aufgaben, ihr Aufbau" (1930)

Inhaltsverzeichnis

III. Die Gründung der RGO in Deutschland (RGO, Bd. 1, S. 395 – 508) 3

Die RGO – ihre Aufgaben, ihr Aufbau 3

Ziele und nächste Aufgaben der RGO4

Die Kampfforderungen der RGO9

Die RGO, die einzige gewerkschaftliche Kampforganisation der deutschen Arbeiter 12

Die Strategie und Taktik der RGO 14

Die RGO die revolutionäre Einheitsorganisation der Arbeitermassen 18

Der organisatorische Aufbau der RGO 19

Die Strategie und Taktik der revolutionären

Gewerkschaftsopposition, 1930 (RGO, Bd. 1, S. 437-467) 38

I. Die Wandlung und Veränderung der Kampfaktik der freien Gewerkschaften vom Klassenkampf zum Sozialfaschismus unter der Führung der Reformisten 38

II. Die Grundlagen der reformistischen Theorie und Praxis 40

III. Worauf begründet sich die Strategie und Taktik der revolutionären Organisation? 40

IV. Die Taktik und das Ziel der revolutionären Strategie der Opposition 42

Der Kampf der RGO (RGO, Bd. 1, S. 469 – 508) 44

Knappe Zeittafel (1866 – 1942) 48

V.i.S.d.P.: Peter Schneider, Keplerstr. 14, 60318 Frankfurt / M

III. DIE GRÜNDUNG DER RGO IN DEUTSCHLAND (RGO, BD. 1, S. 395 – 508)

Paul Merker: Drei Schriften zum Reichskongress der RGO 1929

(RGO Bd. I, S. 397 – 409)

Zu den Artikeln von Paul Merker: Er war Vertreter des ultralinken Flügels in der KPD. Seine Hauptstoßlinie richtet sich gegen die "Sozialfaschisten", die SPD. Auch wenn er feststellt, er trete nicht für eigenständige rote Gewerkschaften ein, in Praxis war es dennoch so. De facto fordert seine politische Linie nichts anderes als zum damaligen Zeitpunkt eigene sofort rote Gewerkschaften zu gründen.

Die Schrift "**RGO – ihre Aufgaben, ihr Aufbau**" haben wir anhand eines neu abgeschrieben Textes diskutiert, da die Buchversion in altdeutscher Schrift für viele nicht zu lesen ist. Daher beziehen sich die Seitenangaben unserer Diskussion nicht auf das Buch, sondern auf die nachfolgende Version.

Nachfolgend der NACHDRUCK (RGO Bd. I, S. 413 – 435)

Die RGO – ihre Aufgaben, ihr Aufbau

Die RGO – was sie ist und was sie will

(nach der 1930 von Fritz Heckert im Verlag Betrieb und Gewerkschaft herausgegebenen Broschüre)

Der Zweck dieser Broschüre ist, über die Ziele und nächsten Aufgaben der RGO, sowie über ihren organisatorischen Aufbau zu informieren. Tausende von Arbeitern und Funktionären der Gewerkschaftsbewegung warten darauf. Die Reichskonferenz der Revolutionären Gewerkschaftsopposition am 15. und 16. November 1930 in Berlin hat durch ihre Beschlüsse diese wichtigen Fragen geklärt. Die stattfindenden Streiks der Betriebsarbeiter und die Kämpfe der Erwerbslosen, in denen die RGO als einziger, revolutionärer, führender Faktor in Erscheinung tritt, werfen bei Hunderttausenden von Arbeitern die Frage auf: **Was ist die RGO und was will sie?** Besonders der Berliner Metallarbeiterstreik hat für Hunderttausende diese Frage gestellt. Die vorliegende Schrift soll diese brennende Frage für die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten klären. Sie soll es den Funktionären und Mitgliedern der RGO erleichtern, den Arbeitern und Angestellten Ziel und Weg der RGO aufzuzeigen, um sie in die Kampfkolonnen der RGO einzureihen.

Nachdem Aufgaben, Ziele und Wege der RGO im harten, opferreichen Klassenkampf mit den Kapitalisten und Bonzen klar herausgearbeitet wurden und nunmehr auch in dieser Schrift klar formuliert sind, werden weitere Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten sich einreihen in die RGO zum

gemeinsamen Kampfe für Brot, Lohn und Arbeit, für die Befreiung der Arbeiterklasse aus kapitalistischer Ausbeutung und Knechtschaft.

Diesem Zweck mögen die vorliegenden Beschlüsse über Aufgaben und Aufbau der RGO dienen.

Berlin, November 1930

Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition

Ziele und nächste Aufgaben der RGO

Millionen deutscher Industriearbeiter, Landarbeiter, unterer Beamten und Angestellten, das Millionenheer der Erwerbslosen, stehen vor entscheidenden Kämpfen um **Lohn** und **Brot**, das ihnen die Kapitalisten kürzen wollen oder ganz rauben. Die Teuerung, der **Hunger zieht durchs Land**. Die Not klopft an die Türen aller Proletarierhütten.

**Eine neue
Etappe im
Klassen-
kampf**

Der Berliner Metallarbeiterstreik, der einen Wendepunkt für den weiteren Gang der Klassenkämpfe in Deutschland bedeutet und eine neue Etappe der Arbeit der RGO (der Revolutionären Gewerkschaftsopposition) durch die Gründung des **roten Metallarbeiterverbandes**, des Einheitsverbandes der Metallarbeiter, einleitet, hat einen starken Wiederhall bei allen Arbeitern, bei allen Ausgebeuteten gefunden. Diese Ereignisse signalisieren die steigende Kraft und den wachsenden Kampfwillen der deutschen Arbeiterklasse unter der Führung der RGO gegen das Unternehmertum und die sozialdemokratische Streikbrechergarde, die an der Spitze der "freien" Gewerkschaften steht.

Der Berliner Metallarbeiterstreik und die Gründung des roten Metallarbeiterverbandes als sein unmittelbares Resultat ist **das wichtigste Ereignis** in der Arbeiterbewegung in den letzten Monaten. Der rote Metallarbeiterverband ist ein Ausdruck für den stürmischen Vormarsch der RGO; er zeigt der gesamten Arbeiterklasse klar die Linie der Weiterentwicklung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Deutschlands auf. Die Stärkung und erfolgreiche Entwicklung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins ist eine Aufgabe der gesamten RGO und aller revolutionären Arbeiter. Die RGO und der im Feuer des Kampfes entstandene rote Metallarbeiterverband schmieden die **Einheitsfront aller Arbeiter**, rufen und organisieren die arbeitenden Massen zum Kampf für Lohn und Brot und zeigen ihnen den revolutionären Ausweg aus Hungersnot, Verelendung und Wirtschaftskrise.

Die Unternehmer und ihre Hungerregierung Brüning sind fest entschlossen, den brutalsten Raub an **Lohn und Gehalt** durchzuführen. Zur Aufrechterhaltung ihrer bankrotten Profitwirtschaft, die durch die internationale Wirtschaftskrise bis in die Grundlagen erschüttert und zerrüttet wird, geben sie Millionen von Proletariern dem Hunger und Elend preis. In **allen** Ländern des Kapitalismus herrscht **Massenerwerbslosigkeit** und es gibt für die werktätigen Massen unter der Herrschaft des bankrotten kapitalistischen Systems **keine Aussicht auf eine Besserung** der immer unhaltbarer werdenden Lebensverhältnisse. Der **Young-Plan**, der restlos auf Kosten der werktätigen Massen durchgeführt wird, verschärft die Krise des deutschen Kapitalismus. Durch Lohnraub, Einführung der Zwangsarbeit, neue Massensteuern und Zölle, weitere sozialpolitische Verschlechterungen, glauben die Herren des Kapitals, die Krise ihres Systems, ihrer Wirtschaft auf Kosten der Massen überwinden zu können. Klar und "unpopulär", wie die frechen Unternehmer selbst ihre Stellungnahme bezeichnen, haben sie auf der Tagung des Langnamenvereins der westdeutschen Unternehmer am 4. November in Düsseldorf ihren Schlachtplan für die stattfindenden und kommenden Kämpfe entwickelt. Dort wurde gesprochen von der "grausamen Härte des wirtschaftlichen Zwanges", von "**harten Opfern der Arbeiter und Angestellten**", davon, dass bei einer richtigen Umsetzung aller Kräfte ein etwa **20prozentiger Lohn- und Gehaltsabbau** durchführbar wäre". Diese Töne der Herren Scharfmacher sind den deutschen Arbeitern wohlbekannt. In Berlin haben sie beim Metallarbeiterstreik mit Hilfe des sozialdemokratischen Streikbruchapparates den ersten großen Raubzug durchgeführt.

Nun soll wie eine Sturmflut der Lohnraub die gesamten Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten überrumpeln. Noch enger die Hungerriemen schnallen. Noch größer das Heer der erwerbslosen Hungerarmee. Noch toller die Antreiberei. Noch mehr Arbeitermorde durch Unglück und Unfälle, noch weniger Unterstützung, Überlassung der Kranken ihrem Schicksal, Massenhunger, Massensterben, zum höheren Nutzen des Kapitals. Das ist das Programm der deutschen Unternehmer und der Regierung.

Mit dem Schwindel von der **Preissenkung** und der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, den die Unternehmer mit Hilfe der Sozialdemokratie und reformistischen Gewerkschaften betreiben, wollen sie ihre Aushungerungsoffensive künftig vernebeln, um sie leichter durchzusetzen. Von diesem Schwindel-

manöver aber wird kein Arbeiter satt, die Arbeiterfrau merkt am Geldbeutel, dass das Geld für immer weniger reicht.

In der **Sowjetunion** allein geht es aufwärts für die Arbeiterklasse. Der Sozialismus wird dort erfolgreich aufgebaut. Mit dem raschen Tempo des Wachstums der Industrie und der Kollektivierung der Landwirtschaft **steigt** parallel der **Reallohn**. Der **Siebenstundentag**, die **Fünf-Tage-Woche** sind durchgeführt, jedem Arbeiter sein Urlaub gesichert, für den Fall der Krankheit vorgesorgt. Die Arbeiterin ist gleichberechtigt, verdient soviel wie der Mann, ist der Sorge um den Haushalt enthoben, vor und nach der Entbindung ist sie bei voller Bezahlung acht Wochen von der Arbeit befreit, für die Kinder sorgt der Sowjetstaat, wie es die Welt noch nie erlebte. **Die Arbeitslosigkeit ist verschwunden**. Tausende von deutschen Arbeitern finden Arbeit und Brot im proletarischen Vaterland aller Werktätigen. Die Gewerkschaften der Sowjetunion, mit denen die RGO in der RGI brüderlich verbunden ist, leisten eine gewaltige Arbeit beim Aufbau des Sozialismus, bei der Organisierung der Produktion, auf dem Gebiet der Kulturarbeit zur Verbesserung des Lebens der Werktätigen und bei der Durchführung des **Fünfjahresplans** des sozialistischen Aufbaus.

Der Weg des russischen Proletariats ist auch der Ausweg der deutschen Arbeiterklasse aus kapitalistischer Knechtschaft und Ausbeutung. Indem die RGO energisch und kraftvoll die Offensive der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum und seine Lakaien entfaltet, zeigt sie, eng verbunden mit der Kommunistischen Partei, der Arbeiterklasse den **einzigsten proletarischen Ausweg aus Hunger, Not und Ausbeutung**. Dieser Ausweg besteht in der **Zertrümmerung der kapitalistischen Lohnknechtschaft** und der **Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse**.

Eine große Anzahl Tarifbewegungen um den Lohn oder die Arbeitszeit finden gegenwärtig statt oder stehen in den nächsten Wochen bevor. Die Tarife für über eine **Million Metallarbeiter** in Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland, Württemberg, Baden, Köln sind abgelaufen. Allein am **Niederrhein** sind davon **130 000 Metallarbeiter** betroffen. Für rund **350 000 Bergarbeiter** des **Ruhrgebietes** läuft am 31. Dezember der Lohntarif ab. **350 000 Chemiarbeiter** stehen in Bewegung. Zum 1. Januar ist der Lohntarif für das graphische Gewerbe gekündigt. 100 000 Gemeindearbeiter in Mittel- und Nordwestdeutschland, in Schlesien und Rheinland-Westfalen stehen vor der Erneuerung ihrer Tarife. Zum **März** laufen die Tarife für rund **1 500 000 Arbeiter** ab.

**Das Beispiel
des Arbeiter-
staats – der
einzigste
Ausweg**

**Vor großen
Tarifbewe-
gungen**

Darunter fallen sämtliche Bauarbeiter, 160 000 Schuharbeiter, die schlesischen Textilarbeiter, die 350 000 Eisenbahner und 70 000 Angestellte der Post und Telegraphie. Die Landarbeiter und Seeleute stehen im Frühjahr vor Kampfbewegungen. Es ist nicht möglich, hier alle Tarifbewegungen aufzuzählen. Die Arbeitszeit, die Löhne und damit das Brot, die Milch der Arbeiterkinder, die Kleidung, die Wohnungsfrage, **die ganze weitere Existenz der deutschen Arbeiterklasse** steht in diesen Kämpfen auf der Tagesordnung.

Vor der **Masse der Angestellten und unteren Beamten** macht die Not nicht halt. Auch diese werden in Massen abgebaut. Auch ihnen werden die Gehälter gekürzt. Für die Beamten des Reiches hat die Hungerregierung Brüning, die **von den sozialdemokratischen Verrätern geschützt wird**, einen generellen Gehaltsabbau von 6 Prozent ab 1. Februar 1931 angeordnet, der sich übertragen und fortwirken soll in der gesamten Privatwirtschaft. Der Gehaltsabbau steht in allen Industrie- und Handelszweigen auf der Tagesordnung.

Das **Millionenheer der Erwerbslosen** sieht einem furchtbaren Hungerwinter entgegen. Kein Brot, keine Kleidung, keine Arbeit, kalte Wohnlöcher, Sorgen um die hungernden Familien, das ist ihr Leben. Sie werden ihre Not nicht in den grauen Wänden ihrer Elendswohnungen begraben. Sie werden **auf die Straße gehen, vor den Rathäusern** demonstrieren, die Betriebsarbeiter in ihren Kämpfen unterstützen und gemeinsam mit ihnen **für ihre Forderungen** kämpfen.

Aus der Fülle der bevorstehenden und bereits stattfindenden Kämpfe muss besonders der bevorstehende Bergarbeiterstreik im Januar, der seinen Schwerpunkt im Ruhrgebiet hat, und die Bewegungen in der gesamten **Metallindustrie** hervorgehoben werden. Darauf muß die RGO und die gesamte Arbeiterschaft ihre Kräfte konzentrieren. Hier müssen dem Kapital entscheidende Schlachten geliefert werden. Diese Kämpfe haben eine große internationale Bedeutung. Die Arbeiter aller Länder werden ihre Blicke auf diese Bewegungen richten und sie aktiv unterstützen.

Der Verlauf des Berliner Metallarbeiterstreiks zeigte erneut, das **Zusammenwirken von Unternehmern, Staatsapparat (Schlichter) und sozialfaschistischer Bürokratie**, um das Programm der Rettung der Lohnknechtschaft durch verschärfte Ausbeutung zur Durchführung zu bringen. Hundertfach hat sich in den vergangenen Streiks, besonders im Berliner Metallarbeiterstreik, die Streikbrecherrolle des reformistischen Gewerk-

Der Kampf der Erwerbslosen

Auf Bergbau und Metall konzentrieren

Der Dreibund Unternehmer Staat Reformisten

schaftsapparates erwiesen. Das Verwachsen der Reformisten mit der kapitalistischen Wirtschaft und dem Staatsapparat, die Rettung der kapitalistischen Wirtschaft, die sie als ihr oberstes Ziel proklamiert haben, hat zur logischen Konsequenz ihr aktives Auftreten gegen die Arbeiterschaft, die durch ihre Kämpfe um mehr Lohn und Brot diese ganze kapitalistische Wirtschaft gefährdet. Um die Ministersessel in Preußen zu halten, geben sie ganz offen die Interessen der Arbeiterklasse preis, wie die **Abstimmung im Reichstag am 18. Dezember**, die Unterstützung der Brüning-Regierung und ihrer Notverordnungen erneut bewiesen hat. Die "Produktionspolitik" der Gewerkschaftsführer zur Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft hat die **Spaltungspolitik** der Bürokratie, den Ausschluss revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften zur Folge, wodurch sie hoffen, diesen verbrecherischen Kurs des Gewerkschaftsapparates zu sichern. Die ganze arbeiterfeindliche Politik und der Streikverrat der Amsterdamer Internationale und des sozialdemokratischen Gewerkschaftsapparates der ADGB beweisen erneut, dass sie eine **Agentur der Kapitalisten sind**, dass sie den Gewerkschaftsapparat in den Dienst der faschistischen Politik der Bourgeoisie stellen.

Die Kennzeichnung des Reformismus durch den 5. RGI-Kongress ist durch die letzten Ereignisse völlig bestätigt worden:

"Der internationale Reformismus in seiner rechten und linken Abart ist ein organischer Bestandteil des kapitalistischen Staates geworden und ein Stoßtrupp des Großkapitals in seinem Kampfe um die Errichtung der faschistischen Diktatur der Bourgeoisie." (Aus der politischen Resolution des 5. RGI-Kongresses.)

"Der reformistische Gewerkschaftsapparat entwickelt sich zur Organisationszentrale des Streikbrechertums, welches in einem komplizierten, raffinierten System zur Abwürgung der Streikbewegungen seinen Ausdruck findet." (Aus der politischen Resolution des 5. RGI-Kongresses.)

Die frechen Vorträge des Unternehmertums, die Absicht, die Arbeiterklasse auf Hungerrationen zu setzen, damit die Unternehmer ihr Parasitendasein weiterführen können, fordert die schärfste Gegenwehr der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten. **Zur Abwehr des Lohnraubzuges**, zur Durchführung ihrer Existenzforderungen muß die Arbeiterklasse ihre schärfsten Waffen gebrauchen. Nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition kann eine solche revolutionäre Politik, die die einzig mögliche für die Erkämpfung von mehr Lohn und Brot in der Gegenwart ist, durchführen.

**Reformismus
als Wegbe-
gleiter des
Faschismus**

**Die
Entfaltung
der proleta-
rischen
Gegenwehr**

Die Kämpfe der letzten Periode, Mansfeld, Nordwest und insbesondere der Berliner Metallarbeiterstreik, haben bewiesen, dass alle Arbeiterkämpfe und Streiks gegen den Lohnabbau, für die Lebensrechte der Arbeiter nur von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition wirklich ernsthaft mit dem eisernen Willen zum Sieg der Arbeiter organisiert und geführt werden. Nur die RGO führt die Gegenoffensive gegen das Unternehmertum, das sich in einem Taumel des unbegrenzten Lohnabbaus befindet. Nur die RGO formiert die Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen für den revolutionären Klassenkampf. Durch die selbständige Kampfführung ist die RGO zu einem revolutionären Machtfaktor geworden, zur neuen Kraft in der Arbeiterbewegung, um die sich die Massen sammeln. Seit Jahren kämpft die RGO in den Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen für eine revolutionäre Klassenpolitik zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter. Die einzige revolutionäre gewerkschaftliche Massenbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes, die den Kampf gegen den Kapitalismus führt, ist die RGO.

**Die RGO, die
einzig
revolutionäre
Gewerk-
schafts-
bewegung**

Die Kampfforderungen der RGO

In allen Fabriken und Schächten, in allen Büros und Kaufhäusern steht die RGO an der Seite der arbeitenden Massen.

Sie organisiert und führt ihre Kämpfe, sie **formuliert die Forderungen**, sie vertritt rücksichtslos und kühn die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten.

Für die Arbeiter in Betrieben und Gruben, für die Angestellten und unteren Beamten, für alle Ausgebeuteten fordern wir:

**Für alle
Ausgebeute-
ten**

1. Keinen Pfennig Lohnabbau, Erhöhung der Löhne.
2. Siebenstundentag, 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Beseitigung jeder Überstundenarbeit.
3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Männern, Frauen und Jugendlichen.
4. Brot und Arbeit für die Erwerbslosen.
5. Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung. Durchführung von zehn Minuten Pause am Fließband während jeder Arbeitsstunde.
6. Kampf gegen die Akkordarbeit, bis zu ihrer Beseitigung Zahlung eines Garantielohnes.
7. 14 Tage Mindesturlaub für alle über 18 Jahre alten Arbeiter

und Arbeiterinnen unter Fortzahlung des vollen Lohnes.

8. Bekämpfung und Beseitigung der Unfallgefahren durch selbstgewählte Vertrauensleute, Kontrolleure und Arbeiterschuttkommissionen.
9. Entsprechend dem Charakter gesundheitsschädlicher und schmutziger Berufsarbeit Lieferung von Schutzkleidung, freie Abgabe von Milch usw.
10. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Schutz der Betriebsräte und Vertrauensleute vor Entlassungen.

Für das Millionenheer der **Erwerbslosen** stellt die RGO folgende Forderungen:

**Für die
Erwerbs-
losen**

1. Errichtung einer allgemeinen, obligatorischen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, deren Kosten die Unternehmer, die Besitzer der Produktionsmittel, zu tragen haben.
2. Winterbeihilfe in Form von Geld, Kohlen, Kartoffeln, freie Lieferung von Gas und Elektrizität, Milch für die Kinder, Bekleidung, Erlass der Mieten, freie Fahrt auf den Verkehrsmitteln zu und von der Stempelstelle.
3. Zulassung aller Arbeitslosen, die entweder ausgesteuert oder noch nicht bezugsberechtigt für die Versicherungsunterstützung sind, zur Krisenfürsorge. Befestigung der Bedürftigkeitsprüfung. Beseitigung der Unterstützungssätze nach den Lohnklassen I-VII und Zahlung der Unterstützung von Klasse VIII an, entsprechend den Sätzen der Versicherungsunterstützung in der Krisenfürsorge.
4. Beseitigung der einschränkenden Bestimmungen in der Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung Brünnings. Beseitigung der Ausnahmebestimmungen für Arbeiterinnen. Insbesondere die Beseitigung der Karenzzeiten und der verlängerten Anwartschaftsdauer. Zahlung der Unterstützung beginnend mit dem Satz der Lohnklasse 8.
5. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln des Reiches, der Länder und Kommunen zur Durchführung eines ausreichenden Arbeitsbeschaffungsprogramms. Insbesondere Inangriffnahme des Baus von Arbeiterwohnungen, Kranken- und Schulhäusern, Sport- und Spielplätzen, Schwimm- und Turnhallen. Verbesserung der Straßen, Chausseen und Wege, Kanalbauten, Regulierung und Verbesserung der Wasserstraßen und Stauanlagen. Ver-

hinderung von Hochwasserschäden durch entsprechende Ausbauten der Dämme und Deiche. Förderung des Baues von gemeindeeigenen Landarbeitersiedlungen.

6. Verbot aller Betriebsstillegungen und Betriebseinschränkungen. Bei Verkürzung der Arbeitszeit unter sieben Stunden ist gleichfalls der volle Lohnausgleich zu zahlen.
7. Beseitigung der Notstands- und Pflichtarbeit. Dafür Einstellung der Erwerbslosen als Vollarbeiter zu den für die Arbeit geltenden Tariflöhnen.
8. Vermittlungszwang für alle offenen Arbeitsplätze der öffentlichen und privaten Unternehmungen nur durch die Arbeitsämter unter Mitwirkung der von den Erwerbslosen gewählten Erwerbslosenausschüsse.

Die besonderen Forderungen der RGO für die **Arbeiterinnen**, für die die gesamte Arbeiterschaft kämpfen muss, sind:

**Für die
Arbeiter-
innen**

1. Ausbau des Arbeiterinnenschutzes. Acht Wochen bezahlter Urlaub vor und nach der Entbindung.
2. Ausreichender Schutz für Mutter und Kind.
3. Einrichtung von Kinderkrippen und Kinderheimen an den Fabriken zur kostenlosen Unterbringung der Kinder der Arbeiterinnen des betreffenden Betriebes.
4. Streichung des Abtreibungsparagraphen 218.

Für die **Angestellten** fordert die RGO:

**Für die
Angestellten**

1. Allgemeine Erhöhung der Gehälter, gegen den Massenabbau der Angestellten, gegen die kapitalistische Rationalisierung.
2. Für Sonntagsruhe, den Sechsuhr-Ladenschluss und den freien Sonnabendnachmittag.

Die Forderungen der **Landarbeiter**, die die RGO aufstellt, sind:

**Für die
Landarbeiter**

1. Abschaffung des Deputatlohnes.
2. Abschaffung der Werkwohnungen, Bereitstellung von Wohnungen durch die Gemeinden und Kreise.
3. Beseitigung des Hofgängerwesens.
4. Abschaffung der Landarbeitsordnung. Gleichstellung der Landarbeiter in sozialer und rechtlicher Beziehung mit den Industriearbeitern.

Für die **Lehrlinge und Jungarbeiter**, die innerhalb der RGO völlig gleichberechtigt sind, lauten die Forderungen der RGO:

Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge, Beseitigung des individuellen Lehrvertrages. Streikrecht für Lehrlinge. Sechstundentag für Jugendliche. Vier Wochen Urlaub. Verlegung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit unter voller tariflicher Bezahlung durch den Unternehmer.

Zur Versorgung der Opfer der kapitalistischen Ausbeutung, der **Verunglückten** und **Kranken**, fordern wir:

Einheitliche kostenlose Krankenversorgung. Krankengeld in Höhe des vollen Lohnes für die Dauer der Krankheit. Beseitigung der Krankenschein- und Arzneigebühr. Beseitigung der Zersplitterung und Schaffung einer Reichskrankenkasse, mit Gliederung in Bezirkskassen. Volle Selbstverwaltung der Versicherten. Aufbringung der Mittel durch Umlage von den Unternehmern.

Neben diesen allgemeinen Forderungen stellen alle Industriegruppenleitungen, Erwerbslosenausschüsse und Betriebsgruppen der RGO für ihre Industrie, für die Erwerbslosen und die Betriebe unter breitester Heranziehung der Arbeiter und Arbeiterinnen ihre besonderen Forderungen auf.

Die RGO, die einzige gewerkschaftliche Kampforganisation der deutschen Arbeiter

1. Die RGO tritt als revolutionärer Machtfaktor dem Kapitalismus gegenüber. Sie ist die revolutionäre Klassenorganisation der deutschen Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet und eine Sektion der Roten Gewerkschaftsinternationale. Ihre mutige, opfervolle, selbständige Kampfführung gegen die Siemens und Borsig, Leipart und Urich haben dazu geführt, daß Hunderttausende von Arbeitern festes Vertrauen zur RGO gefaßt haben. Die früheren großen Streiks und betrieblichen Kämpfe und insbesondere der Berliner Metallarbeiterstreik haben den breitesten Massen gezeigt, dass die RGO die einzige Kraft ist, die die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse organisiert und führt.

Die RGO verkörpert alle revolutionären klassenkämpferischen Traditionen der Gewerkschaftsbewegung. Gemäß den Lehren des Altmeisters der Arbeiterbewegung, Karl Marx, führt sie ihre Arbeit:

”Abgesehen von ihren ursprünglichen Zwecken müssen die Gewerkschaften nunmehr lernen, bewußterweise als Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln im großen

Für die arbeitende Jugend

Für die Opfer der Arbeit

RGO, die revolutionäre Klassenorganisation

Hüter der revolutionären Tradition des Marxismus

Interesse ihrer vollständigen Emanzipation. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung unterstützen, die auf dieses Ziel lossteuert ... Sie müssen sich sorgsam der Interessen der schlechtest bezahlten Arbeiterschichten annehmen. Sie müssen die ganze Welt zur Überzeugung bringen, dass ihre Bestrebungen weit entfernt engherzig und selbstüchtig zu sein, vielmehr die Emanzipation der niedergetretenen Massen zum Ziele haben."

(Aus der Resolution des Genfer Kongresses der Internationale 1866. Verfasst von Karl Marx)

2. Durch die Kette des fortgesetzten Verrates der Bürokratie, durch den Streikbruch der DMB-Leitung am 28. Oktober zur Niederschlagung des Berliner Metallarbeiterstreiks ist der Gewerkschaftsapparat noch stärker als bisher in den Dienst des Kapitals gestellt, und wird damit dem Faschismus der Weg bereitet. Dadurch haben die Herren vom ADGB die freien Gewerkschaften, die einst unter großen Opfern von den Arbeitern als eine Klassenkampforganisation aufgebaut wurden, zu einem Organ der Hungerregierung Brüning, der Siemens, Borsig, Duisberg, Thyssen usw. verwandelt.

Bürokratie hat reformistische Gewerkschaften in Streikbruchorganisationen verwandelt

3. Im Gegensatz zu den reformistischen Gewerkschaften, wo das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder beseitigt wurde, proklamiert die RGO für ihre Mitglieder und für ihre Arbeit in den Betrieben und Stempelstellen breiteste proletarische Demokratie. Absolutes Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder, Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Leitungen und der einzelnen Funktionäre durch die Mitglieder auf der Grundlage der Beschlüsse der RGO und der RGI-Kongresse. Pflicht aller Leitungen für regelmäßige Rechenschaftsablegung und Verantwortung vor den Mitgliedern. Die Funktionäre der RGO unterstehen der Kontrolle der Massen.

Proletarische Demokratie, Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder

4. Die Streikkämpfe, die durch demokratisch von den Arbeitern gewählte Streikleitungen geführt wurden, haben gezeigt, dass die RGO mit ihrem von der Masse im Streik geschaffenen Kampfapparat (Streikleitungen, Massenstreiksenschutz, in welchen noch viel stärker als bisher die Arbeiterfrauen, die Erwerbslosen und der Selbstschutz eingegliedert werden müssen) beginnt, den Streikbruch des Gewerkschaftsapparates erfolgreich zu bekämpfen. Die stete Organisierung der RGO nach Betriebs- und Erwerbslosengruppen in den einzelnen Industrien und Berufen ist eine zwingende Notwendigkeit geworden, das haben die letzten Streiks und der organisierte Streikbruch der Verbandsbürokratie bewiesen.

Selbstgewählte Kampforgane

5. Die RGO führt den Kampf für die unmittelbaren Interessen und Tagesforderungen der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten als einen Teil des Befreiungskampfes der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen mit dem Ziele der Beseitigung der kapitalistischen Lohnknechtschaft, um an ihrer Stelle die Herrschaft der Arbeiterklasse und den Sozialismus aufzurichten. Die RGO ist die einzige Gewerkschaftsorganisation, die die Einheit der Arbeiter aller Industriegruppen und Berufe, der Organisierten und Unorganisierten, der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, der Erwachsenen und Jugendlichen unabhängig von der Organisation, von der politischen oder religiösen Einstellung auf dem Boden des Klassenkampfes herstellt.

**Für die
Einheit der
Arbeiter-
klasse**

6. Die RGO unterstützt die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse aus der Erkenntnis, dass die Befreiung vom Joch des Kapitalismus und den Sklavenketten des Young-Planes nur das gemeinsame Werk aller Arbeiter und Arbeiterinnen sein kann. Die RGO verbindet die täglichen Kämpfe um Lohn und Brot mit dem Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und die dadurch hervorgerufenen ständigen Arbeitermorde durch Unglückskatastrophen und Unfälle, gegen die drohende Gefahr des Faschismus und die arbeiterfeindliche Politik des Reformismus mit dem allgemeinen Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Es gilt, die Arbeitermassen zu mobilisieren zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zum Schutze der Sowjetunion, gegen die Angriffe der Imperialisten Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften der Sowjetunion unter Führung der RGI.

**Unterstüt-
zung des
politischen
Befreiungs-
kampfes**

Die Strategie und Taktik der RGO

1. Mansfeld, Nordwest und der große Kampf der Berliner Metallarbeiter haben bewiesen, dass mit Bitten und Kuhhandeln der brutale Unternehmerangriff, der die Arbeiterklasse den kapitalistischen Profitinteressen rücksichtslos unterwirft, nicht abgewehrt werden kann. Die Sicherung der Lebensrechte und Existenzforderungen der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Situation ist nur möglich durch schärfsten Klassenkampf. Der Kampf gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung wird im wachsenden Maße in der Form von Streiks unter Leitung der RGO geführt. Die Kampfforderungen der RGO werden auf breitester demokratischer Basis auf Delegiertenkonferenzen aller Arbeiter herausgearbeitet und aufgestellt. Auch die vorbereitenden Kampfausschüsse und Streikleitungen werden auf dieser Basis gewählt. Nur dadurch wird das feste Bündnis alle Arbeiter, der unor-

**Klassen-
kampf
Einheitsfront
Massen-
solidarität**

ganisierten und organisierten, der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, der Erwachsenen und Jugendlichen gesichert. Die engste Verbindung der Arbeiter aller Industriegruppen mit den Angestellten, unteren und mittleren Beamten, besonders der Post, Eisenbahn und Behörden und die Entfaltung der breitesten Massensolidarität in den Kämpfen ist notwendig.

2. Das gegenwärtig herrschende Tarifsystem ist in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Reformisten eine Fessel der Klassenkräfte des Proletariats, hindert die Erkämpfung von besseren Löhnen und muss aufs schärfste bekämpft werden. Die von der reformistischen Bürokratie abgeschlossenen Tarife sind nicht anzuerkennen, sie müssen sabotiert und durchbrochen werden. Die Gewerkschaftsbürokratie hat kein Recht im Namen der Arbeiter Tarife abzuschließen. Die RGO wird durch ihre gewählten Streikleitungen und Verhandlungskommissionen nur solche Tarifverträge abschließen, die den Interessen der Arbeiter entsprechen und die in der Regel das Ergebnis des Kampfes der Arbeiter sind. In der Zeit der meist kurzfristig laufenden Tarife der RGO werden die kommenden Kämpfe vorbereitet. Die Tarife der RGO müssen in jeder Situation dem Kräfteverhältnis der Klassen entsprechen.

3. Das Schlichtungswesen ist ein Instrument der Unternehmer zur Durchsetzung ihrer Lohn- und Arbeitszeitpolitik gegenüber den Arbeitern. Eine Anerkennung oder Mitarbeit an den Schlichtungsinstanzen bedeutet die Interessen der Arbeiter ausliefern an die Unternehmer. Deshalb kommt für die RGO eine Anerkennung der Schlichtungsinstanzen nicht in Betracht.

4. Die Arbeitsgerichte sind Klassengericht gegen die Arbeiter wie jedes bürgerliche Gericht. Trotzdem wird die RGO mit allen Kräften versuchen, ihren Mitgliedern und Funktionären die formalen Rechte des bürgerlichen Gesetzes zu sichern durch eine entsprechende Vertretung vor den Arbeitsgerichten, bei voller Erkenntnis, dass der Klassenkampf nicht durch Klagen vor dem Arbeitsgericht ersetzt werden kann. Die Anerkennung der Vertreter der RGO von den Arbeitsgerichten ist eine Machtfrage, die durch die Mobilisierung der Arbeitermassen entschieden werden muss.

5. Die RGO beherrscht auf Grund ihrer unermüdlichen Arbeit innerhalb der Gewerkschaften, die mit größter Aktivität trotz des Terrors der Bürokratie fortgesetzt werden muss, eine Reihe von Positionen, Zahlstellenleitungen, Ortsverwaltungen usw. Die Zahl und der Umfang der Positionen widerspiegeln bei weitem nicht den politischen Einfluss der RGO auf die organisierten Arbeiter.

Herrschendes Tarifsystem ist Fessel für Arbeiter

Keine Anerkennung des Schlichtungswesens

Arbeitsgericht ist Klassengericht

RGO Positionen in den reformistischen Verbänden

Die von der RGO beherrschten Positionen innerhalb der Gewerkschaften sind ein Teil der RGO. Das wird zum Ausdruck gebracht durch den individuellen Eintritt der Mitglieder dieser Zahlstellen und Ortsverwaltungen, Branchen usw. in die RGO und Zahlung des Organisierten-Beitrages durch diese Mitglieder. Ein kollektiver Anschluss dieser Zahlstellen, Ortsverwaltungen usw. an die RGO kommt nur dort und dann in Frage, wo die RGO zur Schaffung von roten Industrieverbänden übergeht oder bereits solche bestehen.

6. Im Verlauf von entscheidenden Kampffaktionen, Streiks, Demonstrationen usw., die das Ansteigen der revolutionären Welle und die Verschärfung des Klassenkampfes zum Ausdruck bringen und in einer Situation, wo die Massen den Verrat der reformistischen Bürokratie erkennen, sich von ihr lösen und die Schaffung von revolutionären Verbänden aktiv unterstützen, werden in Deutschland neue revolutionäre Kampf-gewerkschaften in der Form von Industrieverbänden entstehen. Die Schaffung des roten Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im Feuer des Massenstreiks und bei Zustrom großer Massen zur RGO, die den Verrat der reformistischen Bürokratie erkannten und mit großer Begeisterung die Gründung des roten Verbandes unterstützten, zeigt der deutschen Arbeiterklasse die Linie der weiteren Entwicklung der RGO und den Weg zur Schaffung der roten Industrieverbände.

**Entstehung
neuer
revolutio-
närer Kampf-
gewerk-
schaften**

Die von der reformistischen Bürokratie ausgeschlossenen Zahlstellen, abgespaltenen Branchen und Ortsverwaltungen werden von der RGO als rote Verbände weitergeführt und mit allen Kräften gestärkt.

7. Gegenüber den sogenannten Industrieverbänden (Kaiser, Schumacher usw.) versucht die RGO unermüdlich, die Einheit mit den revolutionären Arbeitern dieser Verbände herzustellen. Die Führer vieler Organisationen paktieren mit dem Reformismus, sind in der Regel Feinde der revolutionären Einheit und müssen schärfstens bekämpft werden.

**Außerhalb
der RGO gibt
es keine
revolutio-
nären
Gewerk-
schaften**

Außerhalb der RGI und ihrer deutschen Sektion der RGO gibt es keine revolutionären Gewerkschaften. Die Mitglieder dieser Organisationen müssen für den Anschluss ihrer Verbände an die RGO als deutsche Sektion der RGI gewonnen werden. Zur Durchführung dieser Politik der RGO sind die Mitglieder der Industrieverbände durch intensive Werbearbeit in die Betriebs- und Erwerbslosengruppen der RGO aufzunehmen und innerhalb ihrer Verbände zu RGO-Fraktionen zusammenzufassen.

8. Gegenüber der demagogischen Politik und Phraseologie der Nationalsozialisten, die versuchen, immer stärker in die Betriebe und Stempelstellen einzudringen, führt die RGO einen ständigen rücksichtslosen Kampf. Die Mehrzahl der irregeleiteten Arbeiter, die angewidert sind vom Verrat der reformistischen Bonzen, müssen für den Klassenkampf zurückgewonnen werden. Alles muss daran gesetzt werden, um die Positionen der Nazis unter der Arbeiterschaft, die sie mit Hilfe des Unternehmertums besetzt halten, zu vernichten.

**Schärfster
Kampf gegen
Nazis**

9. Zu den Betriebsrätewahlen werden von der RGO und den roten Verbänden auf der Grundlage betrieblicher Kampfprogramme rote Einheitslisten aufgestellt. Die roten Betriebsräte sollen von der gesamten Belegschaft demokratisch vorgeschlagen und gewählt werden. Sie sind Organe zur Herstellung der Einheit aller Belegschaftsmitglieder auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Kandidaten der RGO werden zusammen mit parteilosen, unorganisierten, christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern auf den roten Einheitslisten kandidieren.

**Einheits-
listen für rote
Betriebsräte**

Die roten Betriebsräte vertreten die Interessen der gesamten Belegschaft gegenüber den Unternehmern und sind wichtige Funktionäre der Arbeiterklasse zur Organisierung und Führung der Arbeiterkämpfe und sind verantwortlich der gesamten Belegschaft.

10. Die Industriegruppen der RGO und ihre Leitungen, als Hauptträger der gesamten Arbeit der RGO müssen schnellstens in allen Industrien bis hinunter in alle Orte aufgebaut werden. Die Aufteilung der Arbeit der RGO auf die Industriegruppen soll eine konkrete, erfolgreiche Arbeit der RGO zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und die Entwicklung von revolutionären Industrieverbänden, die die Massen der Arbeiter erfassen, ermöglichen.

**Industrie-
gruppen der
RGO und
Leitungen**

11. Die innergewerkschaftliche Arbeit der RGO in den reaktionären Verbänden muss trotz der Faschisierung des Gewerkschaftsapparates verstärkt fortgeführt werden, mit dem Ziel der Eroberung der gewerkschaftlich organisierten Massen und der Eroberung neuer Positionen in den Gewerkschaften, um diese gemäß den Grundsätzen der RGO einzusetzen für den revolutionären Klassenkampf. – Der Streikverrat, die Unterstützung der Hungerregierung Brüning und ihres Programms durch die reformistischen Gewerkschaftsführer bieten die besten Möglichkeiten und Argumente für den Kampf der RGO innerhalb der Gewerkschaften.

**RGO-Arbeit
in den
reaktionären
Verbänden**

12. In den Reihen der RGO muss ein ständiger Kampf gegen den Opportunismus in der Theorie und vor allem auch in der Praxis geführt werden. Besonderes Augenmerk ist zu lenken auf die Bekämpfung des Gewerkschaftslegalismus, sowohl innerhalb der reformistischen Gewerkschaften als auch in den roten Verbänden und den roten Betriebsräten.

**Kampf gegen
Opportu-
nismus**

Die RGO die revolutionäre Einheitsorganisation der Arbeitermassen

1. Die deutsche Arbeiterschaft ist jahrzehntelang zersplittert, gespalten und durch reformistischen Verrat zersetzt worden, zum Nutzen des Unternehmertums. Der brutale Unternehmerangriff erfordert den einheitlichen Kampf gegen Lohnabbau, gegen Hunger und völlige Verelendung. Die RGO sammelt alle Arbeiter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Organisierte, Unorganisierte, Betriebsarbeiter, erwerbslosen Männer und Frauen, Erwachsene und Jugendliche um das Banner des revolutionären Klassenkampfes.

**Überwindung
der Spaltung
der Arbeiter**

In die RGO gehören alle Arbeiter, Angestellte, mittlere und untere Beamte, Arbeiterinnen, Jungarbeiter und Lehrlinge aller Industrie- und Berufsgruppen, unabhängig von ihrer politischen Einstellung oder religiöser Weltanschauung, die die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Unternehmertum erkannt haben.

Zur RGO gehören die aus den reaktionären Verbänden ausgeschlossenen Arbeiter, Zahlstellen und Ortsverwaltungen und die roten Verbände, die im Kampfe entstanden sind.

2. **Die unorganisierten Arbeiter**, die zu Hunderttausenden, angeekelt von dem Verrat der Bonzen aus den Gewerkschaften gegangen sind, wissen, dass sie nur im gemeinsamen Kampfe die Unternehmer niederzwingen können, sie werden sich zu Hunderttausenden organisieren in der RGO, die ihre Interessen vertritt. **Die organisierten Kollegen** erkennen durch ihre eigenen bitteren Erfahrungen, dass sie vom sozialfaschistischen Verbandsangestellten- und Gewerkschaftsapparat missbraucht und verraten werden. Sie werden um die Früchte ihres Kampfes betrogen und müssen in ihren Verbänden kämpfen für die Gewinnung der Mehrheit der organisierten Kollegen, für die Linie der RGO. **Die erwerbslosen Kollegen** sehen täglich: nur die RGO kämpft gemäß ihren revolutionären Grundsätzen für ihre Interessen, nur sie stellt die gemeinsame Front zwischen den Betriebsarbeitern und den Erwerbslosen her, zur Durchsetzung

**Alle Arbeiter
u. Arbeiter-
innen, hinein
in die RGO**

ihrer Forderungen. **Die Arbeiterinnen** kämpfen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Nur die RGO setzt sich rückhaltlos für die Forderungen und Interessen der Arbeiterinnen ein. Die Arbeiterinnen gehören in die einheitliche geschlossene Kampffront der RGO. **Die Jungarbeiter und Lehrlinge** sind nur in der RGO gleichberechtigt. Nur hier kämpfen sie Schulter an Schulter mit ihren erwachsenen Kollegen für ihre eigenen Forderungen, für die Befreiung der gesamten Arbeiterklassen.

Das Banner des revolutionären Klassenkampfes, das von den reformistischen Gewerkschaften verlassen und verraten wurde, wird von der RGO mutig entfaltet zur Sammlung aller Arbeiter für den Kampf um Lohn und Brot, zur Durchführung des Befreiungskampfes aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, zur Vernichtung der kapitalistischen Lohnknechtschaft, zum Sieg der Arbeiterklasse.

Herbei zur RGO!

Es lebe die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung der deutschen Arbeiterklasse!

Der organisatorische Aufbau der RGO

Der 5. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationale hat der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands als Hauptaufgabe die Organisierung der Wirtschaftskämpfe und zu ihrer besseren und erfolgreicherer Führung die Entwicklung der RGO zu einer wirklichen gewerkschaftlichen Kampforganisation der breiten Arbeitermassen Deutschlands gestellt. Der Beschluss lautet:

*„Die RGI-Anhänger müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen frechen Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht des wachsenden Gegensatzes zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent und unermüdlich **auf die Organisierung und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung** zwecks besserer und erfolgreicherer Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten.“*

Dieser Beschluss, der einen Wendepunkt in bezug auf die organisatorischen Formen und Methoden der RGO-Arbeit bedeutet, ist für die weitere Entwicklung und Festigung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von höchster Bedeutung.

Wie soll sich der organisatorische Aufbau der RGO vollziehen?

Das organisatorische Fundament, auf dem sich der Aufbau der RGO vollziehen muss, ist der Betrieb.

”Die grundlegende Organisationsform der roten Gewerkschaften, der Gewerkschaftsopposition und der Minderheitsbewegungen sollen die Betriebsgruppen sein, wobei es notwendig ist, auch den Schwerpunkt der Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition einschließlich der Kassierung von Mitgliedsbeiträgen, der Presseverbreitung usw. in die Betriebe zu verlegen.”

(Org.-Resolution des 5. RGI-Kongresses)

Um eine einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft gegen das Trustkapital und seine Steigbügelhalter, die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie, unter Führung der RGO herzustellen, müssen außerdem die revolutionären Arbeiter in den Erwerbslosengruppen der RGO auf den Stempelstellen organisiert werden.

I. Die Betriebsgruppe

Wer kann Mitglied der RGO-Betriebsgruppe werden?

Mitglied kann jeder Lohn- und Gehaltsempfänger, jeder Jungarbeiter und Lehrling werden, ganz gleich, welcher politischen, gewerkschaftlichen oder religiösen Richtung er angehört, der gewillt ist, den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen.

Alle Anhänger der RGO eines Betriebes werden in der Betriebsgruppe organisatorisch erfasst.

Die Betriebsgruppe wählt sich, je nach der Größe des Betriebes und der Stärke der RGO-Gruppe, eine **Betriebsgruppenleitung**. In den Betrieben, wo die RGO nur wenige Mitglieder hat, ist zunächst ein Vertrauensmann zu wählen.

Jede Betriebsgruppe **registriert ihre Mitglieder nach Betriebsabteilungen und gewerkschaftlicher Zugehörigkeit**. Die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder eines Verbandes müssen im Betrieb zu einer **Betriebsfraktion** zusammengefasst werden.

Die RGO-Gruppe hat sofort einen **Betriebsmännerkörper** im Betrieb zu schaffen, in dem jede Abteilung vertreten ist.

Je nach der Zusammensetzung der Belegschaft ist im Betrieb eine **Arbeiterinnenkommission** zu bilden, die unter der Führung und Kontrolle der Betriebsgruppenleitung ihre Arbeiten durchführt.

Um eine systematische, revolutionäre Arbeit unter den Angestellten zu erreichen, ist die Bildung einer **Angestelltenkommission** vorzunehmen. Sind in der RGO-Betriebsgruppe noch keine Angestellten erfasst, dann ist diese Angestelltenkommission aus den Reihen der Arbeitermitglieder der Betriebsgruppe zu bilden.

In den Betrieben, in denen Jungarbeiter vorhanden sind, werden sie zu einer **Jugendgruppe** im Rahmen der RGO-Gruppe zusammengefasst, die die besonderen Jugendfragen behandelt. Sie wählt sich eine Jugendbetriebsgruppenleitung, der ein Mitglied der RGO-Betriebsgruppenleitung angehören muss. Die Jugendgruppen schaffen Jugendvertrauensleute, die in allen Betriebsabteilungen von den Jugendlichen gewählt werden.

Die Betriebsgruppe der RGO muss eine enge organisatorische **Verbindung mit dem Erwerbslosenausschuss** ihres Gebietes eingehen.

In Orten oder Orts- resp. Stadtteilen, wo es nur Zwergbetriebe einer oder mehrerer Industriegruppen gibt, sind diese Betriebe gemeinsam zu einer oder mehreren Betriebsgruppen zusammenzufassen.

Alle Mitglieder der Betriebsgruppe, außer denen, die den revolutionären Verbänden angehören, erhalten die RGO-Mitgliedskarte ihrer Industriegruppe. Betriebsräte und Funktionäre erhalten außerdem noch einen Funktionärsausweis.

Zur Besprechung und Durchführung der gestellten Aufgaben und der laufenden Kampagnen muss die RGO-Gruppe 14-tägig, mindestens aber monatlich, Vollversammlungen der Betriebsgruppe abhalten. Die Funktionäre der RGO im Betrieb nehmen wöchentlich einmal zu den laufenden Aufgaben Stellung.

Die Beschlüsse der Betriebsgruppe sind bindend für alle Mitglieder, Funktionäre und Unterorgane der RGO im Betrieb (RGO-Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendgruppen, Angestellten- und Arbeiterinnenkommissionen usw.)

II. Erwerbslosengruppen

Neben der steten Erfassung der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Betriebsgruppe der RGO müssen die arbeitslosen Anhänger der RGO in der Erwerbslosengruppe auf der Stempelstelle organisiert werden.

Nur in besonders komplizierten Fällen sind die Erwerbslosengruppen wohngebietsweise aufzuziehen.

Die Erwerbslosengruppen der RGO organisiert eine Versammlung aller Erwerbslosen, in welcher der Erwerbslosenausschuss der RGO gewählt wird. Die RGO-Mitglieder des Erwerbslosenausschusses bilden gleichzeitig die Leitung der Erwerbslosengruppe.

Zur Unterstützung des Erwerbslosenausschusses ist ein Vertrauensmännerkörper zu wählen. (Die früheren Aktivgruppen sind entsprechend einzugliedern.)

Zur besseren Durchführung der Arbeit sind, je nach der Zusammensetzung, **auf den Stempelstellen Frauen- resp. Angestelltenkommissionen und Jugendgruppen** zu bilden.

In Orten mit mehreren Stempelstellen wählen sich die Erwerbslosenausschüsse der Stempelstellen einen **örtlichen Erwerbslosenausschuss**.

Die Leitung des Erwerbslosenausschusses ist für die Tätigkeit unter den Erwerbslosen dem Ortskomitee der RGO gegenüber verantwortlich.

III. Die örtlichen Industriegruppen der RGO

Die Organisation der RGO, welche die Betriebsgruppen einschließlich der Erwerbslosen für jede einzelne Industrie am Orte zusammenfasst, den Kampf um Lohn und Brot gegen das Unternehmertum und die Gewerkschaftsbürokratie führt, ist die Industriegruppe.

Industriegruppen, die mehrere Branchen umfassen, wie z.B. die Industriegruppe Textil (Textil- Bekleidungs- und Hutarbeiter), müssen außerdem zur besseren Führung des Kampfes ihre Aktionen auf der Basis der Berufe (Branchen) und der Struktur der zur Industriegruppe gehörenden Gewerkschaften organisieren.

Die Eroberung der Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger in jeder Industriegruppe für die RGO ist nur möglich gegen das Unternehmertum und die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Industriegruppe neben der Arbeit der Betriebsgruppe ist die Organisierung der Fraktionsarbeit in den reaktionären Gewerkschaften. Die Fraktion der RGO in den Gewerkschaften ist das ausführende Organ der Industriegruppe. Die Beschlüsse des 5. Kongresses betonen besonders, dass neben dem selbständigen Aufbau der RGO auf der Betriebsbasis die Fraktionsarbeit in den reaktionären Gewerkschaften für die Herausarbeitung einer selbständigen, revolutionären Gewerkschaftsbewegung unerlässlich ist.

„Der Kongress bestätigt die Beschlüsse der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole: ‚Hinein in die reformistischen Gewerkschaften‘, wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf die Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der RGI aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist.“

(Thesen zum Referat des Genossen Losowski)

Jedes freiwillige Verlassen der Kampffront in den reformistischen Gewerkschaften bedeutet den Verzicht auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für die RGO, erschwert die Schaffung einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung und erleichtert den Gewerkschaftsbürokraten ihre Streikbrecherpolitik.

Der Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet die Anhänger der RGO, neben dem Aufbau der Betriebs- und Erwerbslosengruppen zur Organisierung und Verstärkung der innergewerkschaftlichen Arbeit im örtlichen Maßstabe eine straffe Fraktion der RGO in jeder Gewerkschaft aufzubauen. Auch in den Verbänden, wo nur wenig Anhänger der RGO Mitglied der Gewerkschaft sind, müssen dieselben zur Durchführung einer internationalen Fraktionsarbeit organisatorisch zusammengefasst werden.

Revolutionäre, organisierte Fraktionsarbeit ist auch in den christlichen, Hirsch-Dunkerschen und faschistischen Gewerkschaften und in den nicht der RGI angeschlossenen Industrieverbänden aufzunehmen und durchzuführen. Gruppen oppositioneller Gewerkschafter in diesen Organisationen müssen von der RGO zur Durchführung der Fraktionsarbeit zusammengefasst werden.

Zur Industriegruppe gehören auch die selbständigen, revolutionären Verbände. Diese im Kampf entstandenen resp. vom ADGB abgespaltenen Gewerkschaften, die unter Führung der RGO stehen, sind ein Teil der RGO.

Die revolutionären Verbände sind auf Grund der Beschlüsse des 5. Kongresses der RGI verpflichtet, ihre Organisation auf betrieblicher Basis aufzubauen, die Mitglieder in Betriebssektionen zusammenzufassen.

Da außer den Mitgliedern des roten Verbandes noch Mitglieder anderer Gewerkschaften bzw. Unorganisierte im Betrieb sind, besteht neben der Betriebssektion des roten Verbandes die Betriebsgruppe der RGO in den Betrieben auch im Organisationsbereich der revolutionären Verbände weiter.

Zur Führung der gesamten Arbeit in der Industriegruppe unter den Betriebsarbeitern, Angestellten und Erwerbslosen wird eine **örtliche Industriegruppenleitung der RGO** gewählt.

Die Wahl der örtlichen Industriegruppenleitung erfolgt in einer Mitglieder- resp. Vertreterversammlung aller Betriebsgruppen und der Erwerbslosen der betreffenden Industriegruppe.

Die örtliche Industriegruppenleitung trägt die Verantwortung für die gesamte politische und gewerkschaftliche Arbeit der Betriebsgruppen, Erwerbslosengruppen, der RGO-Fraktionen und der roten Verbände der betreffenden Industrie.

In der Industriegruppenleitung müssen die Vertreter der Angestellten, der Frauen und Jugendlichen, der roten Verbände entsprechend ihrer Rolle und Bedeutung vertreten sein.

Die Mobilisierung und Erfassung der Angestellten erfordert auch eine Änderung in den bisherigen Organisationsmethoden in der Angestelltenarbeit. Entsprechend dem Kurs auf Industrieverbände organisiert die RGO die Angestellten in den Betriebsgruppen der Industrien, in denen sie beschäftigt sind. Für jene Betriebe, die überwiegend Angestellte beschäftigen, werden zwei Industriegruppen gebildet (13 und 14).

Die Industriegruppeneinteilung erfolgt in

1. Industriegruppe Metall,
2. Industriegruppe Bergbau,
3. Industriegruppe Gemeinde, Staat, Verkehr,
4. Industriegruppe Eisenbahner,
5. Industriegruppe Bau,
6. Industriegruppe Chemie, Glas, Keramik,
7. Industriegruppe Textil und Bekleidung,
8. Industriegruppe Graphisches Gewerbes,
9. Industriegruppe Leder,
10. Industriegruppe Holz,
11. Industriegruppe Land
12. Industriegruppe Nahrung, Genussmittel und Getränke,
13. Industriegruppe Warenhaus, Groß- und Kleinhandel,
14. Industriegruppe Bank und Versicherung

Die Schaffung von Industriegruppen und die Herausbildung aktiver, fester, revolutionärer Industriegruppenleitungen ist bei dem Kurs der RGO auf die Organisierung der Kämpfe um Lohn und Brot der Arbeiter in jeder Industrie auf rote Industrieverbände, eine der Hauptaufgaben der RGO.

Angestellte und Beamte werden in den RGO-Gruppen ihrer Industrie bzw. ihrer Behörde zusammengefasst.

IV. Das Ortskomitee der RGO

Das Ortskomitee der RGO wird von einer Mitglieder- resp. Vertreterversammlung aller Betriebs- und Erwerbslosengruppen gewählt.

Es ist am Ort das höchste Organ der RGO welches dem Bezirkskomitee gegenüber für die gesamte Arbeit in allen Industriegruppen und unter den Erwerbslosen verantwortlich ist.

V. Der organisatorische Aufbau der RGO im Bezirk

a) Die Bezirksindustriegruppenleitungen

Die Wahl jeder bezirklichen Industriegruppenleitung erfolgt auf einer Vertreterkonferenz der örtlichen Industriegruppen bzw. Betriebsgruppen der betreffenden Industrie.

Die bezirkliche Industriegruppenleitung muss den Kampf der örtlichen Industriegruppen gegen das Unternehmertum und die Gewerkschaftsbürokratie, für die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Erwerbslosen im Bezirk leiten. Sie hat die Aufgabe, in allen Orten die Bildung von Betriebsgruppen, Erwerbslosengruppen und von Fraktionen in den Gewerkschaften der Industriegruppe zu unterstützen und sie bezirklich zur besseren Führung des Kampfes zusammenzufassen.

Zur Unterstützung der bezirklichen Industriegruppenleitung können auch in den Unterbezirken Unterbezirksindustriegruppenleitungen gewählt werden.

Die bezirkliche Industriegruppenleitung ist dem Bezirkskomitee und der Reichsleitung der Industriegruppe für die Tätigkeit verantwortlich.

b) Der Bezirkserwerbslosenausschuss

Derselbe arbeitet unter Leitung und Kontrolle des Bezirkskomitees.

Er wird gewählt auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der Erwerbslosen.

Seine Aufgabe ist es, die Gesamtarbeit unter den Erwerbslosen im Bezirksmaßstabe zu organisieren und die Tätigkeit der örtlichen Erwerbslosenausschüsse nach den Richtlinien und Anweisungen des Reichserwerbslosenausschusses zu leiten und zu kontrollieren.

c) Das Bezirkskomitee der RGO

Die Führung der RGO-Bewegung im Bezirk hat das Bezirkskomitee. Seine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Beschlüsse des Bezirks- und Reichskongresses durchgeführt werden. Es ist dem Reichskomitee verantwortlich für die

politische, gewerkschaftliche und organisatorische Tätigkeit in allen Industrie-
gruppen und unter den Erwerbslosen im Bezirk.

Zur planmäßigen Bearbeitung des Bezirks sind in den Unterbezirken noch Unter-
bezirkskomitees der RGO, die für die Tätigkeit im Unterbezirk verantwortlich sind,
auf einer Unterbezirksdelegiertenkonferenz der RGO zu wählen.

Das Bezirkskomitee wird auf der Bezirkskonferenz der RGO gewählt. Sämtliche
wichtigen Industriegruppen und die Erwerbslosen müssen im Bezirkskomitee
vertreten sein.

VI. Die Reichsorgane der RGO

a) Die Reichsindustriegruppenleitungen

Die Reichsleitungen der Industriegruppen sind die führenden Körperschaften, die
für die gesamte Tätigkeit in der Industriegruppe im Reichsmaßstabe verantwortlich
sind. Zur Durchführung eines energischen Kampfes gegen das Unternehmertum
ihrer Industriegruppe und gegen die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie, muss
die Reichsleitung das höchste Maß politischer und organisatorischer Arbeit
entfalten.

Die Wahl der Reichsleitung erfolgt auf der Reichskonferenz der Industriegruppe.

Die Reichsleitung der Industriegruppe untersteht dem Reichskomitee der RGO
und ist diesem und dem Internationalen Propaganda- und Aktionskomitee der RGI
gegenüber verantwortlich.

b) Der Reichsausschuss der Erwerbslosen

Der Reichsausschuss leitet die gesamte Arbeit unter den Erwerbslosen im Reich.
Die Wahl des Reichsausschusses erfolgt auf einer Reichsdelegiertenkonferenz
der Erwerbslosen.

Der Reichsausschuss ist dem Reichskomitee der RGO für die Tätigkeit unter den
Erwerbslosen verantwortlich.

c) Das Reichskomitee

Das Reichskomitee der RGO ist die höchste, führende Körperschaft der revoluti-
onären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Es leitet und kontrolliert die
Tätigkeit der RGO in allen Industriegruppen und in der Erwerbslosenbewegung
entsprechend den Beschlüssen des Reichskongresses und der RGI.

Das Reichskomitee wird gewählt auf dem Reichskongress und RGO. Es ist der
Roten Gewerkschaftsinternationale, der die RGO als deutsche Sektion ange-
geschlossen ist, für die Durchführung der Beschlüsse der Roten Gewerkschafts-
internationale verantwortlich.

VII. Die Arbeitsteilung in den Leitungen der RGO

Zur systematischen Durchführung der gestellten Aufgaben werden im Reichs-
komitee der RGO für die verschiedenen Aufgabengebiete besondere Kommis-
sionen resp. verantwortliche Leiter bestimmt.

Als solche Aufgabengebiete, für die das in Frage kommt, sind zu betrachten:

- a) Organisationsaufgaben,
- b) Agitation und Propaganda,
- c) Erwerbslosenbewegung,
- d) Betriebsräte und Arbeitsrecht,
- e) RGO-Presse,
- f) Sozialpolitik,
- g) ArbeiterInnenbewegung,
- h) Jugendbewegung,
- i) Beschwerdefragen,
- k) Kasse, Revision,

Nach dieser Einteilung der Arbeit in die verschiedenen Aufgabengebiete im Reichskomitee sind auch in den unteren Leitungen Betriebs-, Erwerbslosen- und Industriegruppen, Orts- resp. Bezirkskomitees, unter Berücksichtigung der vorhandenen Kräfte, die Aufgabengebiete auf bestimmte Kommissionen resp. einzelne Leiter aufzuteilen.

Die Erwerbslosen, Arbeiterinnen, Angestellten, Jugendlichen und die Vertreter der Verbände müssen in allen leitenden Organen der RGO, von der Betriebsgruppe bis zum Reichskomitee, vertreten sein. Überall, wo die Voraussetzungen vorhanden sind, gilt es, in den Leitungen besondere Angestellten-, Arbeiterinnen- und Jugendkommissionen zu bilden.

VIII. Die Presse der RGO

Die RGO-Presse ist eine der wichtigsten propagandistischen Waffen für die Bewegung. Die Schaffung von Massenorganen der RGO ist darum mit eine der dringendsten Aufgaben.

Grundsätzlich soll für jede Industriegruppe nur ein zentrales Organ herausgegeben werden, wobei die besonderen Verhältnisse große Industriebezirke durch Schaffung von Beilagen berücksichtigt werden sollen.

Eine Ausnahme von dieser Regelung in der Zentralisierung der Presse machen die Erwerbslosenzeitungen. Infolge der anders gelagerten Verhältnisse in der Erwerbslosenbewegung werden Bezirkserwerbslosenzeitungen herausgegeben. Die Bezirkskomitees haben gemeinsam mit dem Bezirkserwerbslosenausschuss die Herausgabe der Zeitung zu bewerkstelligen. Die Erwerbslosenzeitungen sind Organe der RGO und unterstehen dem Bezirkskomitee und dem Reichskomitee der RGO.

Die Mitglieder der RGO auch die in den revolutionären Verbänden organisierten und die erwerbslosen, erhalten ihre Industriegruppenzeitung obligatorisch geliefert. Der Betrag für die Zeitung ist in dem Mitgliedsbeitrag der RGO eingerechnet.

Die Herausgabe und die Regelung des Verkaufs der Erwerbslosenzeitung ist die Aufgabe des Bezirkskomitees.

Außer den Zeitungen, die obligatorisch an die RGO-Mitglieder geliefert werden, muss der Massenvertrieb der RGO-Presse in den Betrieben, Arbeitsnachweisen und Gewerkschaften organisiert werden.

IX. Die Mitgliedsbeiträge und ihre prozentuale Verteilung

Der Beitrag beträgt:	pro Woche
a) für Ausgeschlossene und Unorganisierte	30 Pf *)
b) für Frauen und Kurzarbeiter.....	20 Pf
c) für Landarbeiter, Jugendliche und alle Gewerkschaftsmitglieder	10 Pf
d) für Lehrlinge und Erwerbslose	5 Pf

In dem Beitrag ist die Lieferung der RGO-Presse bis zu zweimal im Monat inbegriffen.

Die Kassierung erfolgt grundsätzlich im Betrieb und auf den Arbeitsnachweisen. Wo das nicht möglich ist, in den Zahlenstellen der RGO, evtl. auch durch Hauskassierung.

Bei der prozentualen Verteilung der Beiträge erhalten:

a) das Reichskomitee	35 Prozent
b) das Bezirkskomitee (bis zum Aufbau der Industriegruppe).....	45 Prozent
c) das Ortskomitee	10 Prozent
d) Betriebs- und Erwerbslosengruppen.....	10 Prozent

Für die kassentechnische Regelung der Beitragskassierung und für die Schaffung eines Kassiererapparates in den Industriegruppen ist das Ortskomitee verantwortlich.

Die Finanzierung der Arbeit der Industriegruppen und der Unterbezirkskomitees erfolgt vorläufig noch durch das Orts- bzw. Bezirkskomitee der RGO, mit dem Ziel des selbständigen Aufbaues und der Selbstfinanzierung jeder Industriegruppe.

Mit der Herausbildung eines festen organisatorischen Apparates in der Industriegruppe hat entsprechend dem Kurs der RGO auf Industrieverbände die Regelung der Beitrags- und Kassiererfrage ausschließlich durch die Industriegruppenleitung zu erfolgen. Bei allen starken Industriegruppen ist sofort damit zu beginnen.

Die Kontrolle der Rechnungsführung hat durch die Revisionskommission, die bei allen Leitungen gewählt wird, zu erfolgen.

X. Die Wählbarkeit und die Abberufung der Funktionäre

Die Wahlen zu allen leitenden Funktionen in den Organen der RGO sollen im Monat Januar eines jeden Jahres vorgenommen werden. Entsprechend den

* Ausnahmen von dieser Regelung für besonders tief entlohnte Arbeiterschichten können nur nach Vereinbarung zwischen Bezirkskomitee und Reichskomitee gemacht werden.

Grundsätzen der proletarischen Demokratie sind die Funktionäre in Mitgliederversammlungen aller Betriebsgruppen und Erwerbslosengruppen zu wählen. Nur in Fällen, wo die Möglichkeit dazu nicht besteht, sind die Leitungen im Orts-, Bezirks- und Reichsmaßstabe durch Vertreterversammlungen zu wählen.

Die Funktionäre, die den übernommenen Pflichten nicht nachkommen, können durch Beschluss ihrer Wähler jederzeit von ihren Funktionen wieder abberufen werden.

XI. Ausschluss von Mitgliedern

Bei Verstößen gegen die Grundsätze der RGO und bei organisationsschädigenden Handlungen eines Mitgliedes, ist ein Schiedsgerichtsverfahren gegen dasselbe einzuleiten.

Orts- und Bezirkskomitee sind verpflichtet, auf Antrag der Betriebs- und Erwerbslosengruppe und der Industriegruppe Schiedsgerichtsverfahren durchzuführen.

Bei Ablehnung des Antrages auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes steht den Antragstellern das Recht auf Beschwerde beim Reichskomitee zu.

Jede Partei ernennt bei Einsetzung eines Schiedsgerichtes zwei Beisitzer. Den Vorsitzenden bestimmt das Bezirkskomitee. Das vom örtlichen oder bezirklichen Schiedsgericht gefällte Urteil bedarf der Zustimmung des Bezirkskomitees.

Bei Verurteilung kommen in Frage: die Aberkennung der Funktionen auf eine bestimmte Zeit, eine Rüge, Ausschluss des Mitgliedes.

Beschwerden gegen die Entscheidung des Bezirkskomitees können beim Reichskomitee erhoben werden. Über die eingereichte Beschwerde entscheidet die vom Reichskomitee eingesetzte Beschwerdekommision endgültig. Wird der Beschwerde stattgegeben, so bestimmt das Reichskomitee im neuen Schiedsgerichtsverfahren den Vorsitzenden.

XII. Nichtständige Einheitsfrontorgane

Zur Durchführung bestimmter Aufgaben müssen die Anhänger der RGO bei den verschiedenen Massenkampagnen Einheitsfrontorgane schaffen, die dem Zwecke dienen, breite Massen von Arbeitern unter der Führung der RGO für den revolutionären Klassenkampf zu mobilisieren. Die RGO-Mitglieder müssen an Hand ihrer praktischen Tätigkeit den Arbeitern beweisen, dass sie im Gegensatz zum sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat die Träger der Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse sind.

Einheitsfrontorgane sind zu bilden bei den Betriebsrätewahlen, bei politischen Wahlen, bei Sonderforderungen für die Erwerbslosen, gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Faschismus usw. Die Einheitsfrontorgane lösen sich nach Beendigung einer bestimmten Kampagne wieder auf.

Diese Broschüre wurde 1930 verfasst und vom **Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition** in Deutschland nach der Konferenz der RGO November 1930 herausgegeben. Es ist eine Grundsatzerklärung über die Ziele, den Aufbau und die Arbeitsmethoden der Revolutionären Gewerkschaftsopposition in Deutschland. Die RGO war eine Sektion der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Klassenmäßig wendet sich die RGO an Arbeiter, Angestellte und untere Beamte, Jugend und Arbeiterinnen.

Im ersten Abschnitt **Ziele und nächste Aufgaben der RGO** (S. 4, in dieser Broschüre) wird die Lage des aktuellen Klassenkampfes geschildert. Dabei wird hervorgehoben, dass eine **neue Etappe** der RGO durch die Gründung des roten Metallarbeiterverbandes eingeleitet wurde.

Der katastrophalen Lage der ArbeiterInnen in Deutschland wird die sich grundlegend unterscheidende, ständig verbessernde Situation der ArbeiterInnen in der sozialistischen Sowjetunion gegenübergestellt.

Der reformistische Gewerkschaftsapparat wird angeprangert in seiner Streikbrecherrolle, bei seiner Unterstützung der Brüning-Regierung und ihrer Notverordnung. Es beweist sich – so die RGO – dass der ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) und die Amsterdamer Internationale (Internationaler Gewerkschaftsbund der Sozialdemokratie) "*Agenturen der Kapitalisten*" sind und ihren "*Gewerkschaftsapparat in den Dienst der faschistischen Politik der Bourgeoisie stellen*". Der Reformismus wird als Wegbegleiter und Stoßtrupp des Großkapitals bei der Errichtung der faschistischen Diktatur gewertet.

Als einzig revolutionäre Gewerkschaftsbewegung wird die RGO Politik verteidigt, die alle bedeutenden Arbeitskämpfe als einzige Kraft ernsthaft führt. Dadurch ist sie zu einem neuen Machtfaktor, zu einer neuen Kraft geworden. Das Verhältnis zwischen RGO und KPD wird so bestimmt:

*"Indem die RGO energisch und kraftvoll die Offensive der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum und seine Lakaien entfaltet, zeigt sie, eng verbunden mit der Kommunistischen Partei, der Arbeiterklasse **den einzigen proletarischen Ausweg aus Hunger, Not und Ausbeutung.**"* (S. 6)

Diskussion:

* **Neue Gewerkschaften:** Hier wird die RGO als die Alternative zum reaktionären Gewerkschaftsapparat propagiert und als eine neue revolutionäre Gewerkschaftsbewegung und de facto als neue Gewerkschaftsorganisation. Für jeden aufrichtigen Arbeiter folgt aus dieser Position, die reaktionären Gewerkschaften zu verlassen und in die RGO zu gehen. Obwohl immer wieder auch gesagt wird, in den reaktionären Gewerkschaften zu kämpfen, ist das unserer Meinung eine sehr widersprüchliche Taktik. Auf der einen Seite bauen die Kommunisten neue Gewerkschaften auf, auf der anderen Seite rufen sie halt, nein, kommt nicht zu uns. Die **Grundsatzfrage**, die zu diskutieren und zu lösen ist, ist es richtig als Ziel

vorzugeben, dass wenn wir KommunistInnen als Partei und in den Gewerkschaften eine führende Kraft werden, sich auf die Bildung und Gründung neuer Gewerkschaften hin auszurichten. Die bestehenden reformistischen, reaktionären gelben Gewerkschaften sind nicht zu revolutionieren. Die MLPD (Dickhut in seinem Buch) beantworten die Frage wie folgt:

"Die Einheit der Gewerkschaften ist zu wahren, revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften ist in der Hauptsache ein ideologischer Kampf zur Gewinnung der Mitglieder für den revolutionären Klassenkampf, die Gewinnung der reformistischen Gewerkschaftsführung ist nicht möglich, Es ist grundfalsch aus den Gewerkschaften auszutreten oder dahin zu wirken eigene rote Gewerkschaften zu organisieren." (Dickhut, Gewerkschaften und Klassenkampf, S. 57/58)

Unsere Meinung ist, dass es möglich sein kann, dass KommunistInnen, wenn die fortgeschrittenen und revolutionären ArbeiterInnen aus den reaktionären Gewerkschaften ausgeschlossen werden, wenn es eine starke kämpferische ArbeiterInnenbewegung gibt eigene rote Gewerkschaften mitgründen können. Es gibt zahlreiche Beispiele von Spanien über Lateinamerika hin zu Türkei /Nordkurdistan und Afrika, wo in den unterschiedlichsten Ländern aufgrund der konkreten Situation des Klassenkampfes demokratische, revolutionäre Gewerkschaften gegründet wurden und das auch völlig richtig war. Also, dass prinzipiell auszuschließen ist völlig falsch und revisionistisch. Für uns ist selbstverständlich, dass unter den heutigen Bedingungen die Ausrichtung der Arbeit in den Gewerkschaften in der BRD auf eigene revolutionäre Gewerkschaften völlig falsch wäre und ist. Heute ist es Aufgabe eine starke kommunistische Partei zu schaffen, Fuß zu fassen in den reaktionären Gewerkschaften und innerhalb der ArbeiterInnenklasse Einfluss zu gewinnen. Auch die Politik der verschiedenen pseudo-marxistisch-leninistischen Gruppierungen in den 1970 und 1980 Jahren wie der KPD/ML beim Aufschwung der ArbeiterInnenkämpfe die Schaffung einer RGO anzugehen, finden wir aufgrund der damaligen konkreten Situation falsch.

Eine weitere untergeordnete Frage ist die Auswertung der historischen Erfahrungen des Kampfes der KPD und der RGO, ob es zum damaligen Zeitpunkt richtig war die RGO zu gründen und zu neuen alternativen Gewerkschaften auszubauen. Hier tendieren wir, nach dem was wir bisher studiert haben dazu, dass die Politik in vielen Punkten falsch war. Wenn der ADBG und die SPD der Hauptfeind waren, wenn der ganze Apparat der RGO auf die Schaffung neuer Gewerkschaften ausgerichtet war, wie kann das mit einer Einheitsfrontpolitik einhergehen?! Die Grundfrage ist die richtige Verknüpfung des antikapitalistischen antifaschistischen Kampfes mit dem Kampf gegen die Vorherrschaft des Reformismus und Sozialfaschismus innerhalb der ArbeiterInnenbewegung. So hat ja auch die KPD selbst sowie der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale gewisse linkssektiererische Fehler selbstkritisch festgestellt und den Kampf gegen sie aufgenommen. (Darauf werden wir noch später genauer eingehen, wenn wir die entsprechenden Dokumente schulen)

Die Position der 1970er Jahre KPD

"Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) war keine parallele kommunistische Gewerkschaft, wie sowohl Trotzki und Weber anzunehmen bereit sind. Die RGO hatte verschiedene Aufgaben. Sie sollte einmal alle oppositionellen Kräfte innerhalb der antirevolutionären Gewerkschaften sammeln; sie sollte zweitens die ausgeschlossenen Gewerkschafter auffangen und zur Zusammenarbeit mit den RGO-Genossen innerhalb des ADGB führen; sie sollte drittens den Kampf der Erwerblosen mit dem der arbeitenden Kollegen verbinden, sie sollte viertens selbständige Kämpfe auch gegen den Willen der reformistischen Führer vorbereiten und durchführen; und sie sollte fünftens sich in diesen Kämpfen stärken, dass sie als eigenständige Rote Gewerkschaft in der revolutionären Bewegung die vom ADGB enttäuschten Massen auf der Basis der Industrie organisieren könnte." (Oberbaum Verlag, Reihe Materialistische Wissenschaft, Nr. 8, Alexander v. Plato, 'Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern; Sozialdemokratie und Trotzismus', 1973)

ist auf jeden Fall falsch. Auch wenn Trotzki eine Tatsache feststellt, wird deswegen die Tatsache nicht falsch. Wie wir oben aufgezeigt haben, wurde die RGO de facto zu einer eigenständigen Gewerkschaft ausgebaut.

* Die Einschätzung, dass *"durch die selbständige Kampfführung die RGO zu einem **revolutionären Machtfaktor** geworden ist."*(S. 9) halten wir für subjektivistisch und falsch. Machtfaktor heißt eine Gegenmacht zu Staat und reaktionären Gewerkschaften! Die RGO war vielleicht auf dem Weg dahin, aber sie war es noch keineswegs. Ausgehend von den Zahlen, die z.B. W. Dickhut (MLPD) in seinem Buch *"Gewerkschaften und Klassenkampf"* angibt, hatte die RGO 1931 300.000 Mitglieder, die reformistischen Gewerkschaften 4,5 Millionen und 0,5 Millionen entfielen auf Kleingewerkschaften. (S. 55, Dickhut)

* **Haltung zum Faschismus:** Obwohl in der Broschüre in späteren Abschnitten noch Positionen zum Hitlerfaschismus entwickelt werden, wird in diesem Punkt nur der Sozialfaschismus angeprangert. Zumindest die Einschätzung *"Stoßtrupp des Großkapitals in seinem Kampf um die Errichtung der politischen Macht"* ist extrem einseitig. Es war im September 1930, dass die NSDAP bei den Wahlen zum Reichsparlament von 2,6% der Stimmen auf 18,3 hochschnellte. Es gab eine Wahlbeteiligung von 82 %. (Mai 1928 hatte sie nur 800.000 Stimmen, September 1930 6,4 Millionen. Im Vergleich dazu die KPD stieg von 10,6 auf 13,1% der Stimmen, die SPD fiel von 29,6 auf 24,5% der Stimmen.) Die bedrohliche Macht des Nazifaschismus hätte unbedingt hier politische bewertet und Kampfaufgaben gegen sie aufgezeigt werden müssen.

Die Sozialfaschismusthese, die hier verfochten wird, wird sehr häufig als eine völlig falsch Gleichsetzung von sozialdemokratischer und faschistischer Politik kritisiert (siehe z.B. Dickhut). Wir haben hierzu noch keine ausreichend ausgearbeitete Position. Wir sind nicht der Meinung, dass es falsch war die SPD als einen *"Stoßtrupp des Großkapitals"* zur Errichtung des Nazifaschismus anzuprangern.

Ihre Funktion war genau die. Die Frage ist nur welches Gewicht hier der Kampf gegen den Hitlerfaschismus hatte. Eine Gleichgewichtigkeit 1930 scheint uns falsch. Das Hauptfeuer hätte auf den Hitlerfaschismus gerichtet werden müssen! Was ganz auch hier in dem Dokument fehlt ist die Forderung, dass auch die RGO in der gewerkschaftlichen Arbeit die antifaschistische Einheitsfront/Aktionseinheit von unten schaffen muss!

Text: Abschnitt 2 umfasst "Die Kampfforderungen der RGO" (S. 9-12).

Hier werden die gesamten Forderungen für die Klasse aufgelistet und zusätzlich sehr detaillierte Forderungen für die Erwerbslosen, die Arbeiterinnen, die Angestellten, Landarbeiter, arbeitende Jugend und die Opfer der Arbeit gestellt.

Diskussion:

* Interessant ist hier, dass sichtbar wird, **wie viele Rechte** sich die Arbeiterbewegung in ihrem langen Kampf um die Tagesinteressen erstritten hat. Nicht die Großzügigkeit der Kapitalisten sondern der unermüdliche Kampfgeist der ArbeiterInnen hat uns Sozial-, Rentenversicherungen, 40 Stundenwoche, Pausen am Fließband, Urlaub etc. verschafft. Damals führten die ArbeiterInnen noch einen heißen, blutigen Kampf darum! Dieses Bewusstsein gilt es heute im Klassenkampf zu verbreiten. Das sind keine Almosen der Kapitalisten, sondern Früchte der langen Kämpfe der ArbeiterInnen. Die DGB-Gewerkschaften stellen es in ihren Schulungen heute immer so hin, die Ergebnisse der Kämpfe seien nicht auf der Straße, im Kampf und im Streik, sondern am Verhandlungstisch erreicht wurden und werden. So nach dem Motto: "Wir müssen zurückgeben, was uns die Kapitalisten geschenkt haben."

* Bei den **Forderungen** sind folgende eine nähere Diskussion wert:

- Kampf gegen die **kapitalistische Rationalisierung!** Diese Forderung wird so heute eigentlich nur wenig aufgestellt. Wir denken es ist wichtig sie aufzugreifen und zu erläutern. Sowieso wird ja im gewerkschaftlichen Sprachschatz, wie von den Kapitalisten eine neue Sprache über die Arbeitsbedingungen geprägt, die versucht die Ausbeutungsverhältnisse zu beschönigen, Rationalisierung kommt da gar nicht mehr vor. Gegen Rationalisierung an sich zu kämpfen ist falsch, weil das ja die Weiterentwicklung der Produktionsinstrumente beinhaltet. Kapitalistische Rationalisierung drückt aus, dass alle technologischen Erneuerung, die Ausbildung/Spezialisierung der Produktivkraft Arbeit, weil sie in der Logik der kapitalistischen Produktion erfolgt, die Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen nicht verbessert sondern verschlechtert, weil sie auf ihre Kosten sozusagen durchgesetzt wird. Heute wird gegen viele Auswirkungen der kapitalistische Rationalisierung der Kampf geführt: gegen Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung, verstärkte Auslastung der Maschinen, Gruppenarbeit, KVP (Kontinuierlicher Verbesserungsprozess) z.B. als Zielsetzung für die Gruppe pro Jahr ein Mann/Frau weniger am Band. Das ist sozusagen die demokratische Selbst-rationalisierung. Das ist die Mitbestimmung bei Vernichtung des eigenen Arbeitsplatzes. Nach dem Motto: Zehn kleine Arbeiterlein ... dann waren's nur noch einer ...

- Weitere **Forderungen**, die heute nach wie vor brandaktuell sind: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, 7 Stundentag, Beseitigung jeder Überstundenarbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Mann, Frau und Jugendliche, Kampf gegen die Akkordarbeit.

- Angesichts der damaligen katastrophalen Lage der **Erwerbslosen** ist es wichtig, dass die RGO sich speziell und besonders vielen Losungen dieser Schicht der ArbeiterInnenklasse widmete. Die sehr ausführlichen und detaillierten Forderungen für die Erwerbslosen zeigen wie wichtig der RGO diese besonders unterdrückte Schicht der ArbeiterInnenklasse war. Dabei z.B. eine Losung: Verbot aller Betriebsstillegungen.

- Auch aktuell damals wie heute, der Kampf gegen die '**Pflichtarbeit**' (diesen Begriff sollten wir vielleicht auch übernehmen, denn die Zwangsarbeit, die die Nazifaschisten durchführten, kann nicht einfach so mit der heutigen ‚Pflicht‘arbeit für Sozialhilfeempfänger, für 1 Euro Jobs gleichgesetzt werden. Auch und gerade nicht im Begriff.): Gute Verbindung der Forderung "*Beseitigung der Notstands- und Pflichtarbeit. Dafür Einstellung der Erwerbslosen als Vollarbeiter zu den für die Arbeit geltenden Tariflöhnen.*" (S. 11)

* Bei den Forderungen **für die Arbeiterinnen** wird unterstrichen, dass für diese "*die gesamte Arbeiterschaft kämpfen muss*". (S. 11)

* Bei den Forderungen für Landarbeiter, eine Erklärung: "*Abschaffung des **Deputatlohnes***". Deputatlohn bedeutet ein Teil des Lohnes sind Naturalien, so haben z.B. die Landarbeiter einen Sack Getreide als Lohn erhalten.

* Im Punkt "*Für die Opfer der Arbeit*" wird ausreichender Krankenschutz und Versorgung nach Arbeitsunfällen gefordert. Das ist ein Punkt der auch oft in der Agitation zu kurz kommt. Die krankmachenden Arbeitsbedingungen haben unheimlich zugenommen, psychische Erkrankungen haben Hochkonjunktur, Frührente, Arbeitsunfähigkeit nimmt extrem zu, Arbeitsschutzmaßnahmen die vorhanden sind, werden immer weniger angewandt aus Zeitdruck.

* Konkret für heute haben wir über die '**Pausenregelungen**' diskutiert. Es gibt gesetzlich geregelte Pausen und tariflich abgesicherte. In vielen Tarifverhandlungen soll an den bestehenden gerüttelt werden. Schon heute gibt es sehr unterschiedliche Regelungen. In bestimmten Konzernen der Nahrungsmittelindustrie z.B. bei Lindt muss bei jedem Pausengang gestempelt werden. In machen Konzernen muss bei jedem Verlassen des Arbeitsplatzes gestempelt werden.

Text: Abschnitt 3 stellt die Ziele der RGO vor: "**Die RGO, die einzige gewerkschaftliche Kampforganisation der deutschen Arbeiter**" (S. 12 – 14)

1. RGO ist Fortsetzung der kämpferischen Tradition der deutschen Arbeiterklasse: Im Zitat von Marx wird die Grundrichtung gewerkschaftlicher Arbeit vorgegeben, nicht nur die Tagesforderungen durchzusetzen sondern gleichzeitig:

"alle sozialen und politischen Bewegungen unterstützen, die für Emanzipation sind."

Als besondere Aufgabe fordert Marx:

"Die Interessen der schlechtest bezahlten Arbeiterschichten annehmen."

2. Gewerkschaften sind Wegbereiter des Faschismus.
3. Im Gegensatz zu den reformistischen Gewerkschaften, gibt es in der RGO Basisdemokratie wie *"absolutes Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder"* und die *"Kontrolle der Massen"*.
4. Kampfapparat: demokratisch gewählte Streikleitungen u.a.
5. Tageskampf ist Teil des *"Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse ... mit dem Ziele der Beseitigung der kapitalistischen Lohnknechtschaft."*
6. Unterstützung der politischen Kämpfe, wie gegen Youngplan und Kriegsvorbereitung.

Diskussion:

Zu Punkt 3.: Wichtig ist das Demokratieverständnis der reaktionären Gewerkschaften zu entlarven und konkrete Forderungen wie wir uns Demokratie in Gewerkschaften vorstellen zu entwickeln und zu propagieren. Was heißt heute breiteste proletarische Demokratie? Selbstbestimmung der Mitglieder und Kontrolle der Funktionäre durch die Massen und wie ist das umzusetzen. Angefangen von den völlig undemokratischen Gewerkschaftskongressen hin zu Streikabstimmungen wie gerade bei Opel, wo die Arbeiter selbst keine Diskussion vor der Abstimmung führen dürfen, wo die Fragen von den Bonzen vorgegeben werden etc. Hier müssen wir konkrete und schlagkräftige Forderungen aufstellen!

Zu Punkt 4: *"Organisierung der Streikkämpfe mit eigenen von allen Arbeitern gewählten Streikleitungen"*. Diese Forderung müssen wir popularisieren! Wie soll das konkret gemacht werden? Dazu müssen wir Vorschläge entwickeln.

Text: Im 4. Abschnitt folgt *"Die Strategie und Taktik der RGO"*. (S. 14)

1. Gegen Kuhhandel-schärfsten Klassenkampf!
2. Herrschende Tarifsysteem in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Reformisten eine Fessel der Klassenkräfte des Proletariats!
3. Keine Anerkennung der Schlichtungsinstanzen
4. Ausnutzung der Arbeitsgerichte, aber keine Illusionen über ihren Klassencharakter
5. RGO-Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften
6. Entwicklung der RGO zur Kampfgewerkschaft
7. Es gibt keine anderen revolutionären Gewerkschaften außer der RGO
8. Schärfster Kampf gegen Nazis
9. Rote Einheitslisten für rote Betriebsräte
10. Industriegruppen der RGO und Leitung

11. RGO-Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften

12. Kampf gegen den Opportunismus in der RGO

Diskussion:

* Klar macht die RGO eine Trennung der Aufgaben des Kampfes innerhalb der Gewerkschaften: die Trennung von reaktionären und reformistischen Gewerkschaften und leitet daraus unterschiedliche Kampfaufgaben ab. Für heute sehen wir in der BRD keine Situation, wo so eine Trennung gemacht werden muss. Da faktisch im Dachverband des DGB fast alle Gewerkschaften bis auf ein paar christliche und andere Splittergewerkschaften sind, brauchen wir eine solche Trennung nicht. Der DGB ist auch nicht reformistisch sondern einfach als Apparat reaktionär. Das muss aber in der Agitation immer sehr konkret begründet werden.

* In Punkt 2 wird die Aufgabe des Kampfes gegen das *"herrschende Tarifrecht"* gestellt, es ist *"Fessel für die Arbeiter"*. Das ist eine wichtige Forderung, da sie die Debatte damit verknüpft welches ist das beste Tarifsysteem, was wir im Kapitalismus fordern müssen, zum Beispiel ganz kurze Laufzeiten. Dieser Punkt und noch einige weitere zeigen allerdings auch wie weit die Arbeiterbewegung damals war, dass sie solche Forderungen aufstellen konnte, und wie weit sie im Verhältnis heute dazu zurückbleibt. Tarifrecht, Schlichtungswesen etc. das sind sozusagen alles anerkannte Instrumente die wenn, dann höchstens von den Kapitalisten und den bürgerlichen Politikern in Richtung Abschaffung in Frage gestellt werden. Aber innerhalb der ArbeiterInnenbewegung gibt es kaum Forderungen, die diese Mechanismen in Frage stellen und positiv, zu Gunsten der ArbeiterInnen verändern wollen.

Insofern ist auch eine Forderung: Keine Anerkennung des Schlichtungswesen unserer Meinung nach vollkommen korrekt und wichtig, aber als eine Forderung für heute noch überhaupt nicht von den ArbeiterInnen in ihrem Blickfeld. Das darf uns nicht hindern so eine Forderung anzupeilen und auf jeden Fall zur Diskussion zu stellen.

Heute ist es so, dass das bestehende Tarifrecht ausgehebelt werden soll. So konnte das bei Karstadt funktionieren, weil der Organisationsgrad der ArbeiterInnen unheimlich gering ist. Oder die IG-Metall vertritt, was sollen wir auf den Montagsdemos, mit Chaoten wollen wir nichts zu tun haben. Wir machen Arbeitnehmerbegehren, einige Flugis, das ist die ganze 'Mobilisierung'.

* Im Punkt 5 wird über das Verhältnis der RGO zu den reformistischen Gewerkschaften gesprochen und wie der Kampf in ihnen aussehen soll. Die Position *"Die von der RGO beherrschten Positionen innerhalb der Gewerkschaften sind ein Teil der RGO."* weist genau daraufhin, dass parallel zum Gewerkschaftsapparat ein eigener autonomer Apparat der RGO in den Gewerkschaften aufgebaut wurde. Das eben erscheint uns zum damaligen Zeitpunkt für ganz falsch. Denn da war völlig klar, dass darauf die reformistischen Gewerkschaften nur mit Ausschluss antworten.

* In 6. wird festgestellt, dass neue revolutionäre Kampfgewerkschaften entstehen, und dass die Massen sich von den Reformisten lösen und die Schaffung neuer Verbände unterstützen werden. Das ist zumindest eine historische Fehleinschätzung. Die Feststellung, dass die ausgeschlossenen Stellen als rote Verbände weitergeführt werden, zeigt klar die Orientierung auf neue Gewerkschaften.

* Die Einschätzung in Punkt 7 "*nur die RGO ist revolutionär*". Frage ist was gab es noch? Anarchosyndikalistische Gruppen? Und waren die alle reaktionär?

* Der Punkt 8, Kampf gegen die Nazis ist unserer Meinung nach viel zu schwach. Die Notwendigkeit des Kampfes wird auch nur in der Hinsicht gesehen

"die Mehrzahl der irrgeliteten Arbeiter, die angewidert sind vom Verrat der reformistischen Bonzen, müssen für den Klassenkampf zurückgewonnen werden." (S. 17)

Das ist eine völlige Unterschätzung, dass die Nazifaschisten bereits fest in einem Teil der Arbeiterklasse organisatorisch und ideologisch verankert waren. Das waren keine "irrgeliteten Arbeiter" sondern faschistische Arbeiter, d.h. die Stoßtruppe der Nazis in der Arbeiterschaft.

* In 11. heißt es, die Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften wird geführt mit dem Ziel Eroberung der Massen und neuer Positionen in den Gewerkschaften, um die für die RGO einzusetzen. Das ist sehr kurz gedacht, nur praktisch ausgerichtet auf neue Gewerkschaften.

* Die Forderung in Punkt 12 Kampf gegen den Opportunismus in der RGO scheint uns zu sehr eine Vermischung zwischen Partei und Gewerkschaft zu machen. Als Beispiel wird der Kampf gegen den Gewerkschaftslegalismus angeführt, das ist natürlich richtig. Auch wenn es bedeutet, die Arbeiter zum offenen Klassenkampf zu erziehen, gegen Einschleimen und faule Kompromisse, ist es von der Formulierung "*Kampf gegen den Opportunismus*" schon so, dass damit eine Gleichstellung von politischem Richtungsstreit in Partei und Gewerkschaft gemacht werden kann, oder nahegelegt wird.

Text: Im 5. Abschnitt wird "**Die RGO die revolutionäre Einheitsorganisation der Arbeitermassen**" (S. 18) thematisiert. In diesem Abschnitt wird die RGO als die einzig wirklich kämpferische Gewerkschaftsorganisation dargestellt und der Aufruf gemacht sich der RGO anzuschließen.

Diskussion:

Insgesamt über den letzten Abschnitt und das ganze Dokument: Uns erscheint die Aufgabenstellung für KommunistInnen und fortschrittliche ArbeiterInnen sehr widersprüchlich und zerrissen zu sein. Einerseits Aufbau neuer Gewerkschaften andererseits Arbeit in den reaktionären und reformistischen. Als Handlungsanleitung für die Arbeiter ist das sehr schwierig und praktisch auch – unserer Meinung nach – fast undurchführbar. Obwohl in anderen Schriften immer wieder betont wurde, wir wollen keine neuen Gewerkschaften, ist das ganze Programm faktisch eine Anleitung für den Aufbau neuer Gewerkschaften.

Text: Im letzten 6. Abschnitt "**Der organisatorische Aufbau der RGO**" (S. 19 – 29) wird das komplette Organisationsschema der RGO dargelegt. Es wird ein ganzes Gerüst des Organisationsaufbaus entwickelt. Teils klingt es furchtbar bürokratisch und Kernpunkte einer anderen Organisationsstruktur als die der Reformisten gehen in Kleinpunkten unter. Die Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften wird auf Fraktionsarbeit begrenzt. Die Losung "*Hinein in die reformistischen Gewerkschaften*" wird entsprechend den Beschlüssen des V. Kongresses der RGI gestrichen, gleichzeitig aber betont, dass schärfster Kampf gegen Austritte geführt werden muss.

Im Zusammenhang mit dem Text eine aufgetretene Diskussion, die aber nicht direkt mit dem Text verknüpft ist: **Frage der Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie** gegen den Faschismus.

* Überprüfen inwieweit die KPD und auch die RGO Aktionseinheitsangebote an die Führung der SPD gemacht haben. Zum damaligen Zeitpunkt scheint das ziemlich abgelehnt worden zu sein. Erst bei der Machtübernahme der Nazi-Faschisten gab es dieses Angebot. Adibekow (Revisionist) der eine "Geschichte der Roten Gewerkschaftsinternationale" geschrieben hat, schildert es so:

"Die deutsche RGO, die der RGI angehörte, wandte sich wiederholt an die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit dem Aufruf eine Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen auf der Grundlage des Kampfes gegen den Faschismus zu schaffen. Im Zusammenhang mit der wachsenden faschistischen Gefahr versuchte die RGO im Frühjahr 1932 eine Übereinkunft mit dem ADGB zu erzielen um dem Faschismus eine Abfuhr zu erteilen und die Überreste der bürgerlich-demokratischen Freiheiten zu verteidigen. Die Sozialdemokraten lehnten den Vorschlag der RGO ab." (S. 118)

In der Schrift "Der Kampf der RGO" 1932 (RGO, Bd. 1, S. 471 ff.) wird die Notwendigkeit der Aktionseinheit von unten betont, gleichzeitig aber kritisiert,

"eine Einheitsfront von oben wie sie gelegentlich des Bergarbeiterstreiks im Oktober im Ruhrgebiet zur Durchführung eines 24stündigen Streiks gegen die Notverordnung an den Bezirksvorstand des ADGB gerichtet wurde oder die Absendung von Protestresolutionen gegen die Notverordnung direkt an die Brüning-Regierung ([SPD] Ruhrgebiet) steht in absolutem Widerspruch zur revolutionären Einheitsfrontpolitik und ist vom Zentralrat der RGI aufs schärfste verurteilt worden." (RGO, Bd. 1, S. 498,)

und

"In derselben Linie opportunistischer Abweichungen liegt die falsche Einheitsfront von RGO-Funktionären mit SPD und SAP im gemeinsamen Kampf gegen den 'Faschismus' (unter dem nur die Hitlerfaschisten gemeint sind)." (RGO, Bd. 1, S. 499,)

Wie sollte denn eine Einheitsfront mit SPD Anhänger gegen den Sozialfaschismus gebildet werden?? Das scheint uns ganz falsch zu sein. Hintergrund ist natürlich auch, dass damals die Machtübernahme durch die Brüning (SPD) Regierung von

der KPD teilweise als "*Machtantritt des Faschismus*" eingeschätzt wurde. Diese Auffassung wurde später (7. Weltkongress) selbstkritisch revidiert.

In dem Abschnitt "7. Unterschätzung der Gefahr des Nazi-Faschismus in Betrieben und Stempelstellen" wird Thälmann zitiert:

"Neben der unbedingt notwendigen Verschärfung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie, der auch vom Standpunkt des Faschismus allgemein und gegen den Nationalfaschismus im besonderen das Kernproblem darstellt, ist der entschlossenste Kampf gegen jedes Eindringen der Faschisten in die Betriebe und für die Säuberung der Betriebe von faschistischen Zellen eine unbedingte Notwendigkeit..": (RGO, Bd. 1, S. 499)

Als Hauptfeind wird festgelegt:

"SPD und ADGB sind die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Der Hauptstoß der RGO und der roten Verbände im Kampfe gegen das Unternehmertum und die gesamte kapitalistische Klasse muss deshalb gegen den ADGB gerichtet sein." (RGO, Bd. 1, S. 483)

Die Frage ist, ob das 1932 richtig war?

Die Strategie und Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition, 1930 (RGO, Bd. 1, S. 437-467)

Es handelt sich um Kursusmaterial in dem schulungsartig die wesentlichen Grundpositionen der RGO verständlich entwickelt werden. Dieses Material ist auch gut für uns wenn wir mit Arbeiterinnen Schulungen über das Wesen des gewerkschaftlichen Kampfes machen wollen.

I. Die Wandlung und Veränderung der Kampftaktik der freien Gewerkschaften vom Klassenkampf zum Sozialfaschismus unter der Führung der Reformisten

1. Zweck und Aufgaben der Gewerkschaften

Bei den Tagesinteressen sind zentrale Fragen: Lohn und Arbeitszeit. Endziel ist Aufhebung des Systems der Lohnarbeit selbst. (Anhand von Marxzitate). Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaft wird herausgearbeitet. Bevor die SPD entartete wurde ihr Einfluss durch die großen Lohnkämpfe gestärkt. Nach der reformistischen Entartung der Gewerkschaften sollen die revolutionären ArbeiterInnen ihre politische Überzeugung verleugnen und Revers unterschreiben. Es wird die Antwort der SPD, die sie zur Zeit des Sozialistengesetzes gegeben hat, angeführt: "*getrost alles zu unterschreiben*", "*Heuchler wollen sie haben, sie sollen sie haben*". (S. 441) Ein Beispiel für den Reformismus ist die arbeiteraristokratisch ablehnende Position gegenüber den Unorganisierten. Marx sagt, nicht eigennützig und selbstsüchtig sondern für die ganze niedergetretene Masse kämpfen. Die

reformistischen Gewerkschaften beschreiben die Unorganisierten als Parasiten, als Wegelagerer und Strauchdiebe, die auf Kosten des Kampfes der organisierten ArbeiterInnen von deren Ergebnissen profitieren! (Vergleich zu heute: IGM handelt Bonuspunkte bei Tarifverträgen für die eigenen Mitglieder aus!)

2. Die Erfolge der Gewerkschaften durch Reformen...

Die Entstehung des Reformismus hat objektive ökonomische Gründe und fällt zusammen mit der imperialistischen Periode. Durch Zugeständnisse, Bestechung, Prämien, Gewinnbeteiligung stellt das Kapital die Ruhe an der Heimatfront her und schafft sich eine Arbeiteraristokratie. Dadurch, dass der gewerkschaftliche Kampf solche Erfolge erzielen konnte, wurde die reformistische Idee geboren, damit es keiner Revolution mehr Bedarf. Wieweit der Reformismus gedieh zeigt der Beschluss 1905 in Köln: Generalstreik ist Generalunsinn! Bernstein entwickelte das theoretische Fundament des Revisionismus.

3. Der Zusammenbruch während des Krieges

Nach der Kriegserklärung 1914 stellten die Gewerkschaftsführer sofort den Burgfrieden mit der Kapitalistenklasse her. 2. August 1914, es wurde der sofortige Abbruch aller Lohnkämpfe beschlossen. Legien: "*Wie die Dinge jetzt liegen hört die Demokratie in den Gewerkschaften jetzt auf.*" (S. 444) Es gab während des Kriegs keine Verbandstage und keine Gewerkschaftskongresse. Das Kriegshilfsdienstgesetz wurde mit Zustimmung und aktiver Mitwirkung der Gewerkschaftsführer verabschiedet. Trotzdem gingen die Arbeiter selbständig vor und führten politische Demonstrationstreiks gegen die Fortführung des Kriegs und die Militärdiktatur durch.

4. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaften

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges entwickelte sich die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Gewerkschaften. "*Die Arbeitsgemeinschaft war der Regenschirm der Bourgeoisie unter den sie sich vor dem revolutionären Hagelschauer flüchtete.*" (S. 445)

5. Auslieferung der revolutionären Errungenschaften an die Reaktion – Verleugnung des Marxismus

Die Errungenschaften der 1918 Revolution wurden von SPD und Gewerkschaftsführung an die Reaktion ausgeliefert, wie der 8 Stundentag, Verfälschung der Betriebsräte aus Organen der Herrschaft des Proletariats zu Hilfsorganen der kapitalistischen Wirtschaft. Der Cuno-Streik und der Oktober 1923, Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Die Arbeitszeitverordnung Dez. 1923 beseitigt den 8 Stundentag. Entwicklung der reformistischen Verbandsbürokratie zum Sozialfaschismus.

6. Die Grundlagen des Sozialfaschismus: die korrupte Arbeiteraristokratie und die mit dem bürgerlichen Staate verschmolzene Bürokratie

Sozialfaschismus Definition: Sozialismus in der Phrase – Faschismus in der Tat. Der Sozialfaschismus stützt sich auf die Bürokraten in den Gewerkschaften, Staat, Genossenschaften, Krankenkassen... Arbeiteraristokratie. Die Aufgabe ist: Die sozialfaschistische Bürokratie muss aus der Führung der Gewerkschaften vertrieben, ihr Machtapparat muss vernichtet und der Kampf der Klassengewerkschaften auf revolutionärer Grundlage geführt werden.

II. Die Grundlagen der reformistischen Theorie und Praxis

1. Die Theorie der Wirtschaftsdemokratie statt Enteignung der Produktionsmittel

Wirtschaftsdemokratie ist Verstaatlichung... Umwandlung der von Kapitalisten geleiteten und organisierten Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete (Hilferding).

2. Das Schlichtungswesen

Die Gewerkschaftsbürokratie sieht sozusagen ihr höchstes erreichtes Ziel in der formellen und rechtlichen Gleichstellung mit den Unternehmerorganisationen an. Endlich waren sie gesellschaftlich anerkannt! Die Schlichtungsordnung, durch die die Streiks abgewürgt wurden, ist aufgrund des Ermächtigungsgesetzes, für das die Reformisten stimmten, 1923 verkündet worden.

3. Tariftreue

Das Schlichtungswesen, Anerkennung der Tariftreue führt dazu, dass unabhängig von der ökonomischen Entwicklung, der Kampfbedingungen, der Preise und Lebenshaltungskosten, der abgeschlossene Vertrag eingehalten und nicht aufgekündigt werden kann.

4. Reformistische Streikstrategie

Ziel ist, die Lebensbedingungen zu verbessern, und zwar vor allem die eigenen. Das System als Ganzes wird überhaupt nicht mehr in Frage gestellt. Die Kämpfe sollen von vorneherein auf ökonomische beschränkt werden. Streiks werden abgewürgt, auch mit Hilfe der Polizei. Die Streikposten der 'Wildstreikenden' lassen sie verhaften. Ihnen geht es um die Wahrnehmung der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft.

III. Worauf begründet sich die Strategie und Taktik der revolutionären Organisation?

1. Für die Klasseninteressen gegen die Arbeiteraristokratie

2. Berücksichtigung der am meisten Ausgebeuteten und darum teilweise rückständigsten und neuen revolutionären Arbeiterschichten (Frauen, Jugend, Unqualifizierte, Erwerbslose)

3. Warum müssen wir in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten

Hier wird einerseits vertreten, dass die KommunistInnen auf keinen Fall die Gewerkschaften spalten wollen, weder die KPD noch die RGO. Ein Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes wird gestellt (Zitat aus der Gewerkschaftsresolution des Weddinger Parteitages):

"... unversöhnliche Kampf zur Verjagung der sozialverräterischen Führer aus ihren Funktionen im Verband und im Betrieb."(S. 457)

(Das erscheint uns als eine illusorische Forderung!) Gleichzeitig wird gegen sektiererische Positionen polemisiert:

"Den sektiererischen Bestrebungen nach schematischer Gründung eigener Gewerkschaften ohne Massenbasis muss entgegengetreten werden." (S. 457)

4. Organisierung der RGO und ihre Organe

Beschluss des 5. RGI-Kongresses: gegen die Spaltungspolitik der Reformisten, Schaffung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung. *"Die feste Organisation und Zusammenfassung der RGO Anhänger"* wird für alle Bereiche entwickelt. Zu Frage *"neuer Gewerkschaften"* heißt es dann

"Die RGO ist noch keine neue Gewerkschaft, sondern eine feste, organisatorische Zusammenfassung und breites Sammelbecken aller auf dem Boden der RGO stehenden Arbeiter." (S. 459)

Als Bedingung für den Aufbau neuer Gewerkschaften wird aus den Thesen des 5. RGI-Kongresses als Anforderung zitiert:

"Der Aufbau neuer Gewerkschaften ist n u r möglich, wenn die Streikwelle im Steigen begriffen ist, nur dort wo der Klassenkampf eine große Schärfe angenommen hat." (S. 459)

5. Die Taktik der Opposition ist die notwendige Kampfführung der Arbeiterklasse in der Periode des Imperialismus und der Herrschaft des Trustkapitals

Die Taktik muss sich an der objektiven Entwicklung, der Vertrustung, des Verwachsens des Staatsapparates mit den Monopolen orientieren. Die Regierungen sind nur ihre Werkzeuge. Sie führen die Lohnabbau-Offensive durch. Gleichzeitig *"rüstet die Bourgeoisie zur faschistischen Diktatur."*

6. Die Entwicklung der ökonomischen Kämpfe zu politischen Machtkämpfen

Es wird schwieriger rein ökonomische Kämpfe zu führen, denn von vorneherein wird der Kampf mit Polizeigewalt niedergeschlagen. Der ganze Staatsapparat wird eingesetzt. Daraus zu schlussfolgern, keine betrieblichen Kämpfe zu führen, weil die Konjunktur schwach ist, ist aber grundfalsch. Sondern es bedeutet, bewusst jeden Kampf auf den politischen auszuweiten.

Diskussion: Zu diesem Kapital insgesamt. Es fehlt gerade bei der Hervorhebung des imperialistischen Charakters der deutschen Bourgeoisie, ihre Unterdrück-

kungspolitik in abhängigen Ländern, ihr Bestreben dort wieder Einfluss zu gewinnen (der durch den 1. Weltkrieg sehr stark zurückgedrängt war.) Auch die gemeinsamen Kampfaufgaben mit den Proleten aus diesen Ländern fehlt.

IV. Die Taktik und das Ziel der revolutionären Strategie der Opposition

1. Methoden und Aufgaben zur Führung der Kämpfe

Tarifabschlüsse mit lang abgeschlossen Lauffristen sind absolut schädlich. Die Kämpfe nur auf die Zeit des Ablaufs der Tarife zu beschränken ist ganz falsch. Entscheidend ist die Kampfentschlossenheit und der Kampfwille. Bezüglich der Forderungen wird festgehalten:

"Für die Höhe und den Charakter der Forderungen der Opposition ist keinesfalls Bedingung, dass sie immer um einige Prozent höher sein müssen, als diejenigen der Reformisten, noch weniger dürfen sie Rücksicht nehmen auf den Profit der Kapitalisten ('Kapitalbildung'), sondern die Forderungen müssen so sein, dass sie von den Arbeitern verstanden werden, dass sie eine möglichst große Masse der Arbeiter für den Kampf gewinnen, sie müssen zündend wirken für den Kampf. Deshalb müssen die kleinsten Beschwerden der Arbeiter bei den Forderungen berücksichtigt werden. Besonders müssen die Frauen und Jugendlichen bei den Forderungen berücksichtigt werden (gleicher Lohn für gleiche Arbeit). Die Lohnspanne zwischen Unqualifizierten und Qualifizierten soll verringert werden. Arbeitszeitforderungen sind mit Lohnforderungen zu verbinden. Akkordarbeit am laufenden Band ist abzulehnen, ein erträgliches Arbeitstempo, ausreichende Arbeitspausen sind zu fordern. Der Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich hat nach der kapitalistischen Rationalisierung für unsere Propaganda die gleiche Bedeutung, wie früher der Achtstundentag."
(RGO, Bd. 1, S. 462 / 463)

Diese Forderungen müssen verbunden und ausgerichtet werden mit dem Endziel des Kampfes.

Führung der Kämpfe muss in die Hände der Proleten selbst genommen werden durch die Wahl von Kampfleitungen. Weitere neue Kampfformen: Mobilisierung der Erwerbslosen und Frauen der Arbeiter als Massenstreikposten. Finanzielle Absicherung: Die Kämpfe können davon nicht abhängig gemacht werden. Gegen die Nazis auf Betriebsebene kämpfen und proletarische Elemente von ihnen trennen.

Diskussion: Wichtig war uns hier, die verschiedenen Forderungen und vor allem auch die Kriterien welche wir aufstellen. Es kommt also nicht auf 9, 10 oder 20% an. Aber gleichzeitig kann man sich auch nicht an den niedrigsten Forderungen orientieren. Es kommt unheimlich darauf an Kontakt zu den Arbeitern im Betrieb zu haben, um einzuschätzen wozu sind sie zu bewegen.

2. Die Rolle der revolutionären Betriebsräte

Es wird die revolutionäre Widergeburt gefordert. Sie können Hebel im Kampf sein, aber nicht die Streikleitungen ersetzen.

3. Tarifvertrag und Schlichtungswesen

Die RGO kritisiert nicht nur die reformistische Tarifpolitik, sondern entwickelte eigene Tarife. Die staatlichen Schlichtungsinstanzen sollen rücksichtslos sabotiert werden.

Diskussion: Hier zeigt sich auf welchem Niveau damals die Kämpfe standen. Wir würden heute von den Arbeitern ausgelacht, würden wir solche Forderungen stellen. Andererseits müssen wir diesen Gedanken aber unbedingt in die Arbeiterklasse hineintragen. Dass das keine göttlichen Gesetze sind.

4. Die Einheit auf der Basis des Klassenkampfes

Die Einheit ist durch die reformistischen Gewerkschaftsführer längst zertrümmert, sie sind die Spalter. Der Rahmen der reformistischen Gewerkschaften muss gesprengt werden. Die Einheit der Massen kann nur unter der Führung der RGO hergestellt werden. Die Einheit an sich interessiert nicht, nur die für bestimmte Aktionen, die die Kampffähigkeit der Massen erhöht.

Diskussion: Auch hier wird unserer Meinung nach de facto von der Schaffung neuer Gewerkschaften daraufhin orientiert. Auch im nachfolgenden Abschnitt laufen die konkreten Maßnahmen daraufhin, auch wenn wieder allgemein betont wird, das sind keine neuen Gewerkschaften. Das ist einfach zutiefst widersprüchlich.

5. Der Kampf gegen Ausschlüsse und Spaltungen

Gefordert wird: "*Keine Position in de Gewerkschaften darf von der revolutionären Opposition kampflos preisgegeben werden.*" (S. 466, Mitte) Es muss für Wiederaufnahme Ausgeschlossener, ihre Teilnahme an Versammlungen gekämpft werden. Und wieder wird betont:

"Solche abgesplitterte Gruppen sind Bestandteile der allgemeinen RGO-Bewegung, sie sind jedoch nicht die Grundlage für eine neue revolutionäre Gewerkschaftsbewegung." (S. 466, unteres Drittel)

6. Die Vernichtung des sozialfaschistischen Apparates in Betrieb und Gewerkschaft, Eroberung der Mehrheit des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie und ihrer reformistischen Helfer

Die Aufgabe wird gestellt den reformistischen Apparat zu zersetzen und zu vernichten, aber nicht durch eine Übernahme dieses Apparates. Es wird als Hauptaufgabe gestellt die Eroberung der Mehrheit des Proletariats und es wird die Einschätzung gegeben als stünde das unmittelbar bevor. Diese Einschätzung hat sich angesichts der objektiven Entwicklung als falsch herausgestellt.

Der Kampf der RGO (RGO, Bd. 1, S. 469 – 508)

Entschließung des Erweiterten Reichskomitees der RGO 1932

Im Vorwort wird die Bedeutung dieser Tagung hervorgehoben: Sie hat die Lehren aus der Januarbewegung (Lohn- und Gehaltabbau durch die IV. Brüning'sche Notverordnung) gezogen und Aufgaben im Kampf gegen die Kriegsgefahr, Kapitaloffensive für die RGO festgelegt. Die Krisenentwicklung und die Kapitaloffensive werden konkret beschrieben, und ähneln (außer der Krise) in vielem der heutigen Lage.

Resolution zur Lage und zu den Aufgaben der RGO

I. Unser Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Aus der anwachsenden und drohenden Kriegsgefahr wird für die RGO die Aufgabe gestellt: aufrüttelnde Aufklärungskampagnen und selbständige Aktionen gegen den eigenen Imperialismus.

Gegen die Demagogie der Reformisten, dass der Krieg die Krise löst ankämpfen. Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion ist eine herausragende Frage im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

II. Die neue Kapitaloffensive muss durch Streiks und Massenaktionen zurückgeschlagen werden

Verschärfung an allen Fronten, nächste Angriff Zerschlagung der Erwerbslosenversicherung. Die Kapitaloffensive wird verknüpft mit faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen. Besondere Aufgaben in der Erwerbslosen Bewegung: Organisieren eines Erwerbslosentages zur Solidaritätsaktion der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen. Hauptmittel auf das alles hin konzentriert werden soll ist der politische Massenstreik.

III. Die Zerstörung der 'linken' Betrugsmanöver der Reformisten ist eine Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen die Kapitaloffensive

Im zunehmenden Kampf der Arbeiter radikalieren sich auch die Forderungen der reformistischen Gewerkschaften, die völlig mit dem Staatsapparat verwachsen sind. Politisch stellen sie die Theorie des kleineren Übels auf. Schaffen Organisationen wie die 'eiserne Faust' und den 'Hammerschlag'. Sie fordern bei den Präsidentschaftswahlen auf Hindenburg, den Führer der imperialistischen deutschen Armee im 1. Weltkrieg zu wählen, als kleineres Übel zu Hitler! Vor allem im außerparlamentarischen Kampf muss für den Präsidentschaftskandidaten Thälmann geworben werden. Die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie ist der ADGB und die SPD.

Die Arbeiter müssen gewonnen werden für die RGO-Forderungen wie Arbeitsbeschaffungsforderungen und vor allem für den revolutionären Ausweg aus der Krise.

IV. Die Einheitsfront von unten muss die Grundlage der Arbeit der RGO sein

Die Radikalisierung der Massen wächst. Es wird geschlussfolgert:

"Es besteht aber ein großer Widerspruch zwischen den Kampfmöglichkeiten und -notwendigkeiten der Lage, dem Kampfwillen der Massen einerseits und der Aktivität der revolutionären Gewerkschaftsbewegung andererseits. Der Zentralrat der RGO stellt sehr ernst dieses Zurückbleiben...fest". (S. 485)

Die Hauptursache der Schwäche der RGO wird in der mangelnden konkreten Durchführung der Einheitsfrontpolitik von unten gesehen.

Diskussion: Diese Einschätzung hat uns aus dem Studium der bisherigen Dokumente nicht überzeugt. Wir denken hier wird die objektive Situation, v.a. der Kampfwillen der Massen weit überschätzt ... ansonsten hätte der Faschismus in einer Hinsicht nicht so leicht siegen können.

V. Lehren und Erfahrungen der Januarbewegung

In der IV. Notverordnung wurde allen Werktätigen eine 10-15% Lohnkürzung aufgedrückt. Es gab Proteste aber es gelang der RGO nicht eine breite Streikbewegung zu schaffen. Was die wirklichen Ursachen für die Schwäche ist muss untersucht werden. Es kann nicht nur an der schlechten objektiven Situation liegen. Es wird das eine oder andere angeführt, aber eigentlich keine wirkliche Erklärung gegeben.

Fehler und Mängel die beseitigt werden müssen:

1. Fehlen einer konkreten Leitung des Kampfes ausgehend vom Betrieb

Als Hauptschwächen werden ausgemacht:

allgemeine Anweisungen von oben

keine genaue Kenntnis der konkreten Situation im Betrieb,

schematische Kommandiererei von oben,

nicht genügend innere Demokratie.

Die Leitung muss vom Betrieb selbst ausgehen und sich konzentrieren und direkte konkrete Direktiven geben, gleichzeitig muss von oben mehr Material, Unterstützung für die lokalen Gruppen kommen.

2. Fehlen des straffen Industriegruppenaufbaus

Spezielle Probleme des damaligen Aufbaus.

3. Fehlen einer konkreten Betriebsarbeit und mangelnde Verankerung im Betrieb

Hier ist ein zentraler Punkt angesprochen. Konkret wird an Beispielen aufgezeigt, dass nicht in den täglichen Kämpfen die Forderungen der Arbeiter gestellt werden, dass die konkrete Situation nicht genug bekannt ist, es kein eigenes inneres Leben der Betriebsgruppen gibt. Sie beschränken sich auf allgemeine abstrakte Politik. Die Arbeit der Roten Betriebsräte unterscheidet sich oft in der Praxis nicht von der der Reformisten.

4. Mängel bei Streikvorbereitung und Streikauflösung

- Die Kampfausschüsse waren zum großen Teil nur von einem Teil der Belegschaft und nicht von allen gewählt. Wurde nicht versucht über Abteilungs- oder Belegschaftswahlen den Kreis zu vergrößern.
- Unbeweglichkeit und Schematisierung der Streiktaktik
- Dekretieren von Massenstreiks. Streiks müssen konkret im Betrieb vorbereitet werden, und können nicht einfach proklamiert werden.

5. Unklarheiten und Schwankungen in der Frage: Teilstreik oder politischer Massenstreik

Der ADGB gab die Losung Generalstreik heraus und sabotierte damit alle stattfindenden Kämpfe gegen den Lohnabbau. RGO fiel auch darauf hinein. Natürlich ist sie für Generalstreik und politischen Massenstreik, der kann aber nur auf der Basis des Kampfes für die Verbesserung der Lage der ArbeiterInnen in jeden Betrieb sein. Diese Teilkämpfe müssen ausgedehnt werden und sich zu politischen Massenstreiks entwickeln. Es wird gegen verschiedene Abweichungen polemisiert, die die Bedeutung der Teilkämpfe verleugnen, oder gegen das Aufstellen politischer Forderungen sind etc.

6. Ungenügende Einheitsfront von unten und fehlende Oppositionsarbeit in den reaktionären Verbänden

Haupthindernis starke Einfluss der Reformisten. Es gibt keine wirklich zusammengefasste Arbeit der Organisierung der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder in Gruppen. Die Austrittsbewegung vieler Mitglieder wird nicht aktiv entgegengewirkt,

"... die roten Verbände begünstigen teilweise sogar den Übertritt von ADGB Mitgliedern zur RGO." (S. 497)

In der Presse wird eine Gleichsetzung von Gewerkschaften und faschistischen Mussolini Gewerkschaften betrieben. Es wird auch gegen falsche linkssektiererische Positionen argumentiert.

Diskussion: Das ist unverständlich, denn es wird ja sozusagen "gleichberechtigt" von faschistischen und sozialfaschistischen Gewerkschaften gesprochen! Warum wird sich hier abgegrenzt und ausdrücklich eine solche Gleichsetzung abgelehnt.

Zur Einheitsfront: Hier werden konkrete Einheitsfrontaktionen kritisiert. Darauf sind wir bereits in der Zusammenfassung und Diskussion der Schrift "Die RGO ihre Aufgaben, ihr Aufbau" eingegangen.

7. Unterschätzung der Gefahr des Nazi-Faschismus in Betrieben und Stempelstellen

(In dem Abschnitt fehlen die Seiten 500 und 501 und damit die Punkte 8 und 9)

Hier wird noch mal klar betont Hauptfeind ist ADGB und SPD, aber es muss auch gegen Streikbrechertum und Angriffe der Nazis gekämpft werden. (S. 499)

Diskussion: Hier wurde noch mal debattiert, ob diese Einschätzung zu dem Zeitpunkt noch richtig war. War es noch schon damals auch so, dass die Nazis mit ihrer Ideologie in der Arbeiterschaft zur Hauptgefahr geworden sind?

10. Große Schwächen bei der Mobilisierung der Jugend

Mangelnde konkrete Forderungen für die Jugend wird kritisiert.

11. Vollständige Vernachlässigung der Arbeit unter den Angestellten

Bei allen Streiks und Bewegungen müssen sofort auch immer Forderungen für die Angestellten, deren Lage sich auch extrem verschlechtert aufgestellt werden.

12. Ideologische Unklarheiten führen zu Schwankungen und opportunistischen Fehlern

"Die Schaffung der ideologischen Klarheit über eine Reihe grundsätzlicher und aktueller Probleme des Kampfes, sowie sie in dem Brief des Genossen Stalin an die Zeitschrift 'Proletarische Revolution' und in dem Artikel des Genossen Thälmann in der 'Internationale' Nr. 11/12 1931 gestellt werden, ist deshalb eine wichtige politische Arbeit der RGO." (S. 505)

Es geht um Fragen Einschätzung des Sozialfaschismus, Betrugsmanöver vom kleineren Übel, Massenstreik und Teilstreik etc.

VI. Die wichtigsten nächsten Aufgaben

Hier werden ganz konkrete Schritte für die einzelnen Arbeitsbereiche aufgeführt.

Schlussfolgerungen:

Insgesamt zu allen Dokumenten: die rassistische antisemitische Politik wird insgesamt viel zu wenig angeprangert und entlarvt. Das hätte doch eine zentrale Aufgabe der RGO in der Propaganda in der Arbeiterbewegung sein müssen.

Politisches Hauptproblem ist die Einschätzung des Sozialfaschismus und des Hitlerfaschismus der daraus resultierenden praktischen Politik. Indem beide gleichgewichtig hingestellt werden, wurde unserer Meinung nach der Nazi-Faschismus unterschätzt. Wir haben kein Problem mit der Charakteristik des Sozialfaschismus, wir denken nur, dass es nicht mehr die soziale Hauptstütze und der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung war. Diese Frage muss natürlich anhand zentraler Dokumente geklärt werden. In der Gewerkschaftsfrage sehen wir den Hauptwiderspruch in der Schaffung der RGO als faktisch neuer Gewerkschaft und damit dem unheimlichen Zurückgehen der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Auch hier ist die Frage war das damals richtig.

Aus der konkreten Politik der RGO, den diskutierten Fragen können wir sehr viel für heute lernen.

Knappe Zeittafel:

Um bestimmte politische Fragen und Begriffe, Namen und Parteien aus der Weimarer Zeit besser zu verstehen, veröffentlichen wir im Folgenden eine grobe Zeittafel, die sicher nicht vollständig ist, aber einen knappen Überblick bietet.

Geschichtsdaten:

1866	Österreich – Preußen Krieg; Auflösung Deutscher Bund Neuordnung ohne Österreich
1866 – 1867	Gründung des Norddeutschen Bundes unter Führung Preußen Wahl des Norddeutschen Reichstags
1867 – 1877	Bismarckreich
1870 – 1871	deutsch-französischer Krieg
2.9.1870	Kapitulation franz. Armee
1.1.1871	Zusammenschluss Süddeutsche Staaten + Norddeutscher Bund ⇒ Deutsches Reich ⇒ Bundesstaat ⇒ Reichsoberhaupt = Kaiser = preußischer König ⇒ ernennt den Reichskanzler
1878 – 1890	Sozialistengesetz ("Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" – Verbot von Arbeitervereinen, Gewerkschaften, Parteien, Versammlungen, Druckschriften mit sozialdemokr., sozialistischen od kommunistischen Inhalt)
1884 / 1885	deutsche Schutzgebiete ⇒ Kolonien Deutsch-Südwestafrika, Kamerun, Togo, Ostafrika, Neuguinea, Bismarckarchipel, Marschallinseln; 1898 – Kantschau
1888	Tod Kaiser Wilhelm I. / Kaiser Friedrich III. stirbt nach 3 Monaten ⇒ Kaiser Wilhelm II.
20.03.1890	Entlassung Bismarcks
1890 – 1914	Deutschland neben USA + GB stärkste Industriemacht
1900	Bürgerliches Gesetzbuch
1918	Novemberrevolution
28.11.1918	Abdankung Kaiser Wilhelm II.

Weimarer Republik

19.01.1919	Wahlen zur 3. Nationalversammlung – Weimar
13.02.1919	Regierung der "Weimarer Koalition" – SPD / DDP (linksliberale Deutsche Demokratische Partei) Zentrum bis 1920
18.06.1919	Unterzeichnung Versailler Friedensvertrag
11.08.1919	Verabschiedung Reichsverfassung; parlamentarische Republik (starke Stellung des vom Volk gewählten Reichspräsidenten)

13.-17.03.1920	KAPP-Lüttnitz-Putsch
15.3.-10.5.1920	Aufstand im Ruhrgebiet
6.06.1920	Reichstagswahlen
8.03.1921	Alliierten Besetzung von Düsseldorf und Duisburg
Ende März	Kommunistische Kämpfe in Mitteldeutschland und Hamburg
26.08.1921	Ermordung Erzberger (Vizekanzler und Finanzminister) durch Rechte
14.04.1922	Unterzeichnung des Vertrags von Rappallo zwischen SU und Deutschland
24.06.1922	Ermordung Walther Rathenau (DDP) durch Rechte
11.01.1923	Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen
13.01.1923	passiver Widerstand durch Reichsregierung, Arbeitsverweigerung
13.08.1923	Ermächtigungsgesetz verabschiedet (Reichsregierung kann auf Verordnungsweg Maßnahmen treffen)
Okt. 1923	Aufstände in Sachsen und Thüringen (Arbeiterregierungen von linken Sozialdemokraten und Kommunisten) Einmarsch der Reichsregierung
8./9.11.1923	Hitler-Putsch in München; Hitler erklärt sich zum Reichskanzler, wird verhaftet und Festungshaft
15.11.1923	Neue Währungsordnung
11.10.1924	Einführung der Reichsmark
26.04.1925	Generalfeldmarschall von Hindenburg Kandidat der rechten Parteien ⇒ Reichspräsident
Juli 1925	Räumung Ruhrgebiet durch Frankreich
3.09.1926	Deutsche Reich ⇒ Aufnahme in den Völkerbund
28.06.1928	Neue Regierung Hermann Müller (SPD); große Koalition SPD, DDP, Zentrum, DVP, BVP
13.03.1930	Reichsgesetz zur Young-Plan-Regelung der deutschen Reparationen
27.03.1930	Sturz der Regierung Müller
30.03.1930	Brüning Minderheitenkabinett (Zentrum) ohne SPD
14.09.1930	Reichstagswahlen
1.11.1930	Notverordnung Brünings
1931	Bankenkrach
11.10.1931	Tagung der NSDAP, Deutschnationale + Stahlhelme in Bad Harzburg, Harzburger Front zur Neuformierung der nationalsozialistischen Opposition
16.12.1931	Eiserne Front – SPD, Gewerkschaften, Arbeitersportverbände, Reichsbanner schwarz/rot/gold – zur Verteidigung der demokratischen Republik

10.04.1932	Reichspräsidentenwahl 19,4 Mio. Stimmen ⇒ von Hindenburg 13,4 Mio. Stimmen ⇒ Hitler 3,7 Mio. Stimmen ⇒ Thälmann
30.05.1932	Rücktritt Brüning
1.06.1932	Franz v. Papen "Kabinett der nationalen Konzentration", Auflösung des Reichstages
20.07.1932	Preußenputsch gegen SPD
31.07.1932	Reichstagswahlen, NSDAP stärkste Fraktion, Reichstagspräsident Göring
12.09.1932	Erneute Auflösung des Reichstages + Wahlen
17.11.1932	Rücktritt Kabinett Papen
3.12.1932	Kurt von Schleicher wird Reichskanzler
28.01.1933	Rücktritt Schleicher als Reichskanzler
30.01.1933	Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg
24.03.1933	Ermächtigungsgesetz – Gesetze durch Reichsregierung
1.04.1933	Boykott jüdischer Geschäfte
2.05.1933	Zerschlagung der Gewerkschaften
Juni/Juli	Selbstauflösung aller noch bestehenden bürgerlichen Parteien
22.06.1933	Verbot der SPD
14.07.1933	Gesetz gegen Bildung neuer Parteien ⇒ NSDAP einzige Partei
14.10.1933	Austritt aus dem Völkerbund
30.06.1934	Röhm Affäre
2.08.1934	Tod Hindenburgs ⇒ Hitler wird Reichspräsident

Hitlerfaschismus

13.01.1935	Volksabstimmung Saargebiet ⇒ Rückgliederung an Deutschland
16.03.1935	Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; gegen Versailler Vertrag
Sept. 1935	Reichsparteitag in Nürnberg ⇒ Nürnberger Gesetze
7.03.1936	Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone
1.08.1936	XI. Olympische Spiele
12.03.1938	Einmarsch in Österreich
13.03.1938	Anschluss Österreichs an Deutsches Reich
Sept. 1938	Münchener Konferenz
1.10.1938	Einmarsch im Sudetenland (Tschechoslowakei)

9.11.1938	Reichspogromnacht
16.03.1939	Protektorat Böhmen und Mähren, tschechischer Teil der Tschechoslowakei an Deutsches Reich annektiert
23.08.1939	Nichtangriffspakt Sowjetunion / Deutschland
1.09.1939	Angriff auf Polen
22.06.1941	Überfalls auf Sowjetunion
20.01.1942	Wannseekonferenz

Reichspräsidenten:

11.02.1919	Friedrich Ebert (SPD)
26.04.1925	von Hindenburg (Kandidat der vereinigten Rechtsparteien)
10.04.1932	von Hindenburg wiedergewählt
1934	Tod von Hindenburg ⇒ Hitler wird Reichspräsident (August)

Reichskanzler

21.03.1871 – 20.03.1890	Bismarck	10.05.1921 – 22.10.1921	Wirth, Zentrum
		26.10.1921 – 14.11.1922	
20.03.1890 – 26.10.1894	Graf Caprivi	22.11.1922 – 12.08.1923	Cuno, parteilos
29.10.1894 – 17.10.1900	Fürst Hohenlohe	13.08.1923 – 3.10.1923	Stresemann,
		6.10.1923 – 23.11.1923	Deutsche Volkspartei
17.10.1900 – 14.07.1909	Fürst Bülow	30.11.1923 – 26.05.1924	Marx, Zentrum
		3.06.1924 – 15.12.1924	
14.07.1909 – 13.07.1917	v. Bethmann Hollweg	15.01.1925 – 5.12.1925	Luther,
		20.01.1926 – 12.05.1926	parteilos
14.07.1917 – 1.11.1917	Michaelis	17.05.1926 – 17.12.1926	Marx, Zentrum
		29.01.1927 – 12.06.1928	
1.11.1917 – 30.09.1918	Graf Hertling	28.06.1928 – 27.03.1930	H Müller, SPD
3.10.1918 – 9.11.1918	Prinz Max von Baden	30.03.1930 – 7.10.1931	Brüning,
		9.10.1931 – 30.05.1932	Zentrum
13.02.1919 – 20.06.1919	Scheidemann, SPD	1.06.1932 – 17.11.1932	von Papen, parteilos
21.06.1919 – 26.03.1920	Bauer, SPD	4.12.1932 – 28.01.1933	von Schleicher, parteilos
27.03.1920 – 8.06.1920	H Müller, SPD	30.01.1933 – 30.04.1945	Hitler
25.06.1920 – 4.05.1921	Fehrenbach, Zentrum		